

**UNIA**



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Frauenfussball: Der lange Kampf um die Frauenliga.** Seite 15

**Sie war die erste**  
Katharina Zenhäusern  
stimmte als erste  
Schweizerin ab. Seite 13



**Sie waren die**  
**Tapfersten**  
8 Jahre zog sich ihre  
Lohnklage hin. Jetzt  
haben Natalina O. und  
Fabienne A. gesiegt.  
Seite 3

**Er war am**  
**längsten**  
Länger als Helmut  
Hubacher war keiner  
SP-Präsident. Jetzt ist  
er tot. Seiten 6-7

**Brandgefährliche SVP-Kündigungsinitiative**

# «Herrliberg first, Büezer second!»

- Comedian **Michael Elsener** über sein Blocher-Video.
- SGB-Chefökonom **Daniel Lampart** über Kontingente.

Seiten 2 und 10-11

## Wenn das Geld nicht reicht

Sozialhilfe ist kein  
Almosen. Sondern  
ein Recht. Der work-  
Ratgeber. Seiten 16-17



## HERRLIBERG FIRST

«This is a message from Herrliberg», eine Blocher-Durchsage an die EU: So startet das fulminante Nein-Video des Gewerkschaftsbundes zur SVP-Kündigungsinitiative, über die wir am 27. September abstimmen. Eine durch und durch arbeitnehmendenfeindliche Initiative, wie SBG-Chef-ökonom Daniel Lampart und work-Autor Clemens Studer im Dossier aufzeigen (Seiten 10–11). Drum auch die Pointe am Schluss des Videos: «Herrliberg first, Büezer second!» In

## Endlich schiessen die «Linken und Netten» scharf zurück!

Anlehnung an den grossen Donald in Übersee: «America first!» Die Egoisten und Geldsäcke zuerst, sie nehmen alles. Die anderen sollen schauen, wo sie bleiben. Das Video zeigt Donald Duck Blocher, wie er sich in den Geldnötli suhlt und einfältig grinst: «Überfull, mein Bankkonto!» Deftig, frech und temporeich spielt der ganze Clip: voll auf den Herrliberger, auf sein Anglais fédéral und seine Killer-Ks, die aus tiefstem Rachen rausspeuzen. Wunderbar parodiert vom Kabarettisten Michael Elsener. Der sagt, er habe es einfach tun müssen, weil: «Es ist ähnlich wie bei Blocher: Ich spürte ganz stark den Auftrag.» (diese Seite). Gratulation, Michael Elsener!

**FREIZÜGIG.** Endlich wagen es die «Linken und Netten» mal richtig scharf zurückzuschliessen! Und sich nicht immer nur von Herrliberg auf die Kappe scheissen zu lassen. Gratulation, SGB! Endlich beissen die Gewerkschaften mal herzhaft zu. Kalauernd auch: Das Video spielt mit der Doppelbödigkeit des Begriffs «Personenfreizügigkeit» und zeigt den grossen Blocher blutt in roter Badehose mit Ranzen am Strand. Und schliesslich sehen wir ihn auch noch in der «Personenunfreizügigkeit»: ganzkörperverschleiert mit Burka. Grossartig!

**ENTLARVEND.** Aber darf man das überhaupt? Darf man so etwas Ernstes und Brandgefährliches wie diese Initiative hochkant auf die Schippe nehmen? Und den grossen SVP-Führer grad ebenso? Man darf nicht nur, manfrau muss sogar. Gerade weil so viel auf dem Spiel steht. Gerade weil wir die SVP-Initiative mit allen Mitteln bodigen müssen. Auch mit guter Satire. Die ist nämlich nicht einfach Larifari. Gute Satire ist bitterer Ernst. Nur wirksamer, weil der Ernst im Tütü dahertantzt. Gute Satire ist auch ganz schön subversiv. So wie das SGB-Video: die Trumps & Blochers blasen sich zwar auf und nehmen sich alles, aber wir können sie ausziehen. Entlarven. Zeigen, wie sie lügen. Zeigen, was wirklich hinter ihren Phrasen steckt. Zeigen, wie sie uns Wasser predigen und selber Wein saufen. Doch schauen Sie selber, liebe work-Lesende: [rebrand.ly/youblocher](https://rebrand.ly/youblocher)

# Kündigungsinitiative: Gewerkschafts-Clip mit Blocher geht viral Mit Gelächter gegen die SVP

**Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat ein Video zur SVP-Kündigungsinitiative veröffentlicht. Es ist Satire – und wie jede gute Satire entlarvend und erhellend zugleich.**

CLEMENS STUDER

Die Kündigungsinitiative der SVP ist brandgefährlich. Sie will die bilateralen Abkommen mit der EU schrotten – und greift die Rechte und Löhne aller Arbeitnehmenden in der Schweiz frontal an. Die Fakten sind gecheckt, die Analysen sind gemacht, die Irrtümer der Kontingentspolitik geklärt. Auch in diesem work wieder (Seiten 10–11).

Zusätzlich beschreitet der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) jetzt neue Wege und setzt bei aller Ernsthaftigkeit des Themas auch auf Humor.

### «BÜEZER SECOND!»

In einem witzigen Video wendet sich ein zur Kenntnis entstellter Christoph Blocher an die Bevölkerung der EU. Und wiederholt fast alle der (Schein-)Argumente und leeren Behauptungen der SVP. Rasant unterlegt mit mal mehr, mal weniger subtilen Bildern. Blocher badet im Geld. Blocher badet «freizügig» am Strand. Blocher sagt: «Natürlich werden einige Menschen den Job verlieren.» Aber das sei nicht «der Untergang». Schliesslich habe er seinen Job auch verloren – und erst noch an eine Frau.

Und Blocher sagt: «Vergesst Corona, wir machen jetzt den echten Lockdown und schliessen die Grenzen. Aber diesmal für immer.» Und eine Mauer kommt ums Land. Sein Fazit: «Herrliberg first, Büezer second!» Das alles in einem Englisch, als hätte er es beim gleichen Lehrer gelernt wie seine Tochter Magdalena «The seven thinking steps» Martullo-Blocher.

### DER AUFTRAG

Die Stimme von Blocher parodiert der Zuger Comedian Michael Elsener perfekt. Der Zuger

ist einer der begabtesten Stimmen-Imitatoren des Landes. Neben Blocher hat er von Alles-Moderierer Sven Epiney über Tennisstar Roger Federer bis zu Wahrsager Mike Shiva etliche Figuren im Repertoire.

Eigentlich, so Elsener, hätte er sich «geschworen, ich möchte

### «Ich spürte ganz stark den Auftrag, es zu tun.»

COMEDIAN MICHAEL ELSENER

Blocher nie mehr parodieren. Jetzt habe ich es trotzdem gemacht. Nicht ganz freiwillig. Es war ähnlich wie bei ihm: Ich spürte ganz stark den Auftrag, es zu tun.» Und landet damit gerade noch einen weiteren Treffer. Denn schliesslich behauptet Blocher seit Jahrzehnten: «Ich will nicht. Aber wenn's sein muss, mache ich es halt. Der Auftrag halt.»

Elsener ist studierter Politikwissenschaftler und macht Comedy mit Haltung.

### «FDP – FUCK DE PLANET»

Das SGB-Video zur Kündigungsinitiative ist denn auch nicht der erste Polit-Coup von Michael Elsener. In der Premiere seiner Sendung «Late Update» im Januar 2019 nahm er die Klimapolitik der FDP aufs Korn: «FDP steht für Fuck de Planet». Wenig später tauchte der Spruch an den Klimademos auf. Auch in weiteren Sendungen widmete sich Elsener immer mal wieder den Freisinnigen.

Zu viel für die FDP. Präsidentin Petra Gösli intervenierte bei der SRG-Spitze. Die liess Elsener via TV-Chefin Nathalie Wappler und weitere Hierarchiestufen bedeuten, er dürfe keine Witze mehr über die FDP machen, wie seinerzeit der «Tages-Anzeiger» enthüllte. Im November des letzten Jahres löste SRF das Problem der FDP dann radikal – und setzte Elseners Sendung kurzum ab.



**GRANDIOS:** Ausschnitte aus dem Video gegen die SVP-Kündigungsinitiative.

FOTOS: SGB

### WORKTIPP

Das Video gibt es auf youtube: [rebrand.ly/youblocher](https://rebrand.ly/youblocher). Oder auf der Facebook-Seite des SGB [www.facebook.com/gewerkschaftsbund](https://www.facebook.com/gewerkschaftsbund). Dort kann der Clip auch geteilt werden.

## Unia-Appell Für 100 Prozent Lohn bei Kurzarbeit



**APPELL:** SGB-Chef Pierre-Yves Maillard und Unia-Chefin Vania Alleva (von links). FOTO: UNIA

Noch immer arbeiten rund eine Million Menschen kurz. Sie erhalten nur 80 Prozent ihres Lohnes. Doch ein Fünftel weniger Lohn ist für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen eine schwere Belastung. Viele haben Mühe, unter den aktuellen Bedingungen der Kurzarbeit ihre Familien durchzubringen. Rund die Hälfte der Kurzarbeitenden sind in Tieflohnbranchen tätig. Wer bereits in «normalen Zeiten» mit 4100 Franken Monatslohn für eine 100-Prozent-Stelle über die Runden kommen muss, leidet besonders, wenn bei Kurzarbeit nur

noch 3300 Franken pro Monat auf dem Konto landen.

### «SOLIDARITÄT»

Die Gewerkschaften kritisieren das seit langem. Die Coronakrise hat das Problem weiter verschärft. Deshalb hat die Unia einen Appell an den Bundesrat lanciert. Darin fordert sie 100 Prozent Lohnersatz und den Verzicht auf Kündigungen. Inert kurzer Zeit unterschrieben über 20000 Arbeitnehmende den Appell. Am 20. August übergab Unia-Präsidentin Vania Alleva die Unterschriften der Bundeskanzlei.

Begleitet von einer Delegation Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Alleva bei der Übergabe: «Die Landesregierung tut gut daran, diesen Protest ernst zu nehmen und die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Nur wenn wir die soziale Solidarität stärken, werden wir aus dieser Krise herauskommen.»

### «INAKZEPTABEL»

Mit dabei war auch Pierre-Yves Maillard. Der SGB-Präsident sagte: «Um eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe zu verhindern, erhalten

die Unternehmen massive Unterstützung. Für Lohngarantie und Arbeitsplatzerhalt. Daran muss festge-

### «Wir müssen die soziale Solidarität stärken, um aus dieser Krise herauszukommen.»

UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA

halten werden! Die Verlängerung der Kurzarbeit soll Entlassungen verhindern. Jetzt Leute auf die Strasse zu stellen, obwohl für die Belegschaft Kurzarbeit beantragt werden kann, ist inakzeptabel.» (cs)

**ENTSCHLOSSEN:** Fabienne A. (rechts) und Natalina O. klagten gegen das Modehaus Grieder, weil sie 20 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen erhielten. FOTO: THIERRY PORCHET



## Lohnschiss: Modehaus Grieder muss stattliche Summe nachzahlen

# Zwei tapfere Schneiderinnen

**Acht Jahre lang kämpften die Schneiderinnen Fabienne A. und Natalina O. für den gleichen Lohn. Jetzt bekommen sie sogar mehr Geld als die Männer!**

CHRISTIAN EGG

Ja, sie sei «sehr zufrieden», sagt die Schneiderin Fabienne A. (59) Und ihre Arbeitskollegin Natalina O. (57) nickt. Endlich bekommen sie einen fairen Lohn. Jahrelang haben sie für das Luxus-Modehaus Grieder in Lausanne Ärmel gekürzt und Röcke abgeändert. A. erinnert sich: «Eines Tages prahlten die Männer im Team mit ihrem Lohn von 5000 Franken.» Erst da merkte sie, dass sie für die exakt gleiche Arbeit 20 Prozent weniger verdiente. Nämlich nur 4000 Franken.

### DAS GAB'S NOCH NIE

2012 reicht sie eine Lohnklage ein. 2014 macht das auch ihre Arbeitskollegin Natalina O. Sie erhält ebenfalls nur gut 4000 Franken Lohn. Die Unia unterstützt die beiden.

Jetzt haben sich die beiden mutigen Frauen mit Grieder auf einen Ver-

gleich geeinigt. Die Firma muss ihnen rückwirkend einen angemessenen Lohn zahlen. Das heisst in ihrem Fall: Nicht den gleichen Lohn wie den Männern. Sondern mehr! Weil die beiden Schneiderinnen einen Lehrabschluss haben, im Gegensatz zu den Männern.

Da staunt auch Gabriela Gwerder. Die Zürcher Anwältin ist Expertin für Gleichstellung und betreut immer wieder Lohnklagen von Frauen, die um ihren Lohn betrogen werden. Als um ihren Lohn schildert, sagt sie: «Dass eine Klägerin gar einen besseren Lohn zugesprochen erhält als die Männer – das gab's meines Wissens noch nie.»

### 61 STUNDEN VOR GERICHT

Wie hoch die Lohnnachzahlung ist, dürfen die beiden Schneiderinnen nicht sagen. Grieder hat Stillschweigen verlangt. Aber es handelt sich um eine stattliche Summe. Denn für Fabienne A. muss Grieder die «Lohn-differenz plus» für fünf Jahre nachzahlen. Für Natalina O. sogar für zehn Jahre. Heute arbeiten die beiden Frauen nicht mehr bei Grieder. Trotz der Freude über ihren Durchbruch sind die beiden erleichtert, dass nun al-

les durch ist. Fabienne A. sagt: «Das Ganze war extrem zermürend.» Alleine das Befragen der Zeugen vor Gericht habe 61 Stunden gedauert. Von den Anschuldigungen unterhalb der Gürtellinie ganz zu schweigen, ergänzt O.: «Das ging so weit,

**«Die Firma warf mir sogar meine Schuhe vor.»**

SCHNEIDERIN NATALINA O.

dass mir die Firma vorwarf, ich sei mit den falschen Schuhen zur Arbeit erschienen. Was hat das, bitte sehr, mit meinem Lohn zu tun?»

Auch Anwältin Gwerder findet es «sehr stossend», dass Lohnklagen dermassen lang gehen. Einen Grund sieht sie darin, dass die Gerichte oft von der Klägerin verlangen, sie müsse die Lohndiskriminierung beweisen. Dabei muss sie sie, laut Gesetz, nur glaubhaft machen – ein wichtiger Unterschied.

Yolande Peisl von der Unia hat die beiden Schneiderinnen während des Verfahrens begleitet. Sie rät betroffenen Frauen, eine Lohnklage wenn möglich nicht alleine einzureichen. Sondern zusammen mit Kolleginnen. Und, wenn möglich, unterstützt von einer Gewerkschaft.

## Steuern: Kanton Waadt ist ungerecht

Natalina O. wohnt im Kanton Freiburg. Dort zahlt sie für die Lohnnachzahlung von Grieder nur einen leicht höheren Steuersatz als für ihr normales Einkommen. Weil der Kanton die Nachzahlung mit Augenmass besteuert.

**EIN DRITTEL.** Ganz anders regelt das der Kanton Waadt, in dem Fabienne A. versteuert. Ihr droht jetzt eine extrem hohe Steuerrechnung. Weil ihr Kanton die ganze Nachzahlung im laufenden Jahr als Lohn anrechnen will. Dadurch würde A.s steuerbares Einkommen emporschnellen, und sie müsste mehr als einen Drittel des Betrags als Steuern bezahlen.

**AUGENMASS.** Yolande Peisl von der Unia stellt klar: «Das ist nicht hinnehmbar.» Deshalb hat sie mit der Steuerbehörde und mit Kantonalpolitikerinnen in der Waadt Kontakt aufgenommen, um für A. eine Lösung zu finden. (che)

## Frauen-Protest-Session

**BERN.** In der Pflege, im Laden, in der Kita und zu Hause: Es waren vor allem Frauen, die das Land während des Lockdowns am Laufen hielten. Und die jetzt von der Coronakrise am härtesten getroffen werden (work berichtete). Auch deshalb, weil sie in den Krisengremien des Bundes kaum vertreten waren. Deshalb nehmen die Frauen die Sache jetzt selbst in die Hand: Am 11. und 12. September organisieren sie in Bern die erste feministische Sondersession. An über 45 Veranstaltungen sollen sich Frauen aus allen Branchen vernetzen und Forderungen diskutieren. Damit die aktuelle Krise nicht weiter auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Anmeldung unter: [sondersession.ch/anmeldung](https://sondersession.ch/anmeldung)

## Entlassungen trotz Kurzarbeit

**GRENCHEN.** Mehr als die Hälfte seiner 73köpfigen Belegschaft will der Grenchner Luftfahrtzulieferer Mecaplex AG auf die Strasse setzen. Wegen der «generell schwierigen Lage in der Luftfahrtindustrie», wie das Unternehmen verlauten lässt. Allerdings profitiert Mecaplex aktuell und noch bis Ende Novem-



**MECAPLEX: Kurzarbeit noch bis im November.** FOTO: PD

ber von staatlicher Kurzarbeitsentschädigung. Die Unia fordert deshalb, die Kündigungen auszusetzen und die Dauer der Kurzarbeit zu nutzen, um für die Mitarbeitenden eine Lösung zu finden.

## Katar führt Mindestlohn ein

**DOHA.** Seit Jahren kämpfen internationale Gewerkschaften gegen die «moderne Sklaverei» im Wüstenstaat Katar, wo 2022 die Fussball-WM stattfindet (work berichtete: [rebrand.ly/toedliche-sonne](https://rebrand.ly/toedliche-sonne)). Und der Druck wirkt: Künftig müssen Unternehmen einen monatlichen Mindestlohn von 1000 Rial (rund 250 Franken) bezahlen und für angemessene Unterkunft und Verpflegung sorgen. Jetzt bekommen rund 400000 Arbeiterinnen und Arbeiter mehr Lohn, so der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC: Ausserdem können sie bald auch ohne die Erlaubnis ihres bisherigen Arbeitgebers die Stelle wechseln. Das war bisher verboten.

## SGB prangert Rentenlücke an

**BERN.** Am 31. August haben die Männer in der Schweiz bereits so viel Rente erhalten wie die Frauen im ganzen Jahr. Das hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) berechnet. Der Grund für diese riesige Rentenlücke: Noch heute haben ein Drittel der Frauen nur die AHV und keine Pensionskassenrente, weil sie öfter Teilzeit arbeiten und tiefere Löhne haben. Abhilfe schaffen könnte eine 13. AHV-Rente, wie sie die Initiative der Gewerkschaften fordert. [ahvx13.ch](https://ahvx13.ch)



**LIDL-VERKÄUFERINNEN haben fast den gleichen Lohn wie ihre Kollegen.**

## Lohnanalyse: Coop und Lidl haben sie bereits gemacht

Seit 1. Juli 2020 ist das neue Gleichstellungsgesetz in Kraft: Alle Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden haben ein Jahr Zeit, um ihre Löhne zu analysieren. Deshalb wollte workjetzt von den grössten Detailhändlern im Land wissen: Wie haben Sie's mit der Lohngleichheit?

Coop hat den ersten Schritt getan: Auf Anfrage bestätigt das Unternehmen, eine Lohnanalyse durchgeführt zu haben. Aber welchen Lohnunterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitarbeitenden hat die Analyse festgestellt? Er liege «im Rahmen der Toleranz», sagt dazu die Sprecherin nur. Auf

Nachhaken lässt sie sich immerhin entlocken, dass Coop das Programm «Logib» des Bundes verwendet habe. Dort liegt die Toleranz bei 5 Prozent Lohnunterschied.

**SCHNECKENTEMPO.** Arnaud Bouverat, bei der Unia für Coop zuständig, sagt dazu: «Wir wollen eine volle Transparenz in der Lohngleichheit. In den Lohnverhandlungen von diesem Herbst werden wir Coop auffordern, die genauen Zahlen offenzulegen.» Vorbildlich gibt sich Lidl: Man habe die Lohnanalyse schon im Herbst 2019 durchgeführt, die Diffe-

renz betrage 1,5 Prozent. Das sei ein «solides» Ergebnis, findet eine Sprecherin, man bleibe aber dran: «Wir sehen das so: Wir sind noch 1,5 Prozent vom Ziel entfernt.»

**Denner und Volg lassen sich bis Mitte 2021 Zeit.**

Beide wollen die Lohnanalyse bis Ende Jahr abgeschlossen haben. Denner und Volg hingegen lassen sich sogar bis Mitte 2021 Zeit – sie wollen also die gesetzliche Frist voll ausreizen. (che)

# Weltpremiere in Genf: Uber Eats stellt Fahrerinnen und Fahrer an Essen im Rucksack, Arbeitsvertrag in der Tasche

**Der Dumping-Lieferdienst Uber Eats muss seinen Kurierinnen und Kurieren in Genf jetzt einen Mindestlohn und Sozialleistungen bezahlen. Der Druck der Unia, von Mitarbeitenden und den Behörden hat gewirkt.**

CHRISTIAN EGG

Was wollen Vampire auf gar keinen Fall? An die Sonne. Was will der Dumping-Taxidienst Uber nie und nimmer? Seine Fahrerinnen und Fahrer anstellen und Beiträge an die Sozialversicherungen zahlen. Aber genau das macht die Uber-Tochterfirma Uber Eats jetzt in Genf. Ein wichtiger Etappensieg, sagt Philipp Zimmermann von der Unia: «Unseres Wissens ist das weltweit das erste Mal, dass Uber oder Uber Eats ihre Mitarbeitenden als Angestellte anerkennen.»

Die rund 500 Personen, die in Genf für Uber Eats unterwegs sind, sollen laut dem Unternehmen von einer neu gegründeten Firma namens Chaskis AG angestellt werden. Dort haben sie Anrecht auf einen Bruttolohn von 20 Franken 65 pro Stunde, auf vier Wochen bezahlte Ferien und auf Unfall-, Krankentaggeld- und Sozialversicherungen.

**UBER-CHEF SALOM FÄHRT SLALOM**  
Das erstaunt. Denn bisher hatte sich Uber stur auf den Standpunkt gestellt, man sei nur ein Fahrtenvermittler und keineswegs ein Arbeitgeber. Noch im vergangenen Dezember sagte Uber-

Schweiz-Chef Steve Salom gegenüber der «NZZ am Sonntag»: «Wir sind eine Plattform, das ist unsere DNA.» Niemals werde man die Fahrerinnen und Fahrer anstellen, so Salom – lieber würde man sich aus der Schweiz zurückziehen: «Wenn tatsächlich alle Instanzen sagen: Ihr seid ein Arbeitgeber, und daneben gibt es keine Alternative, könnten wir hier nicht mehr operieren. Da müssen wir eine klare Grenze ziehen.»

Jetzt ist diese Drohung verpufft. Der US-Gigant (Jahresumsatz 14 Milliarden Dollar) beugt sich dem Druck, der in den letzten Jahren massiv zugenommen hat.

## EIN ERSTER SCHRITT

2017 streikten Uber-Fahrer in Genf, unterstützt von der Unia, für bessere Löhne. Die Medienberichte und Gerichtsentscheide, die das Dumping-Modell Uber in Frage stellten, häuften sich. Und letztes Jahr beschloss die Genfer Kantonsregierung: Uber Eats muss die Mitarbeitenden an- oder den Dienst einstellen. Diesen Juni bestätigte das Genfer Verwaltungsgericht den Entscheid. Zwar zog Uber Eats auch dieses Urteil weiter. Aber das Bundesverwaltungsgericht lehnte eine aufschiebende Wirkung ab, so dass dem Tech-Giganten die Luft zu dünn wurde. Unia-Mann Zimmermann: «Uber scheint jetzt zu merken, dass seine Realitätsverweigerung nicht mehr haltbar ist.»

Noch sind in Genf viele Fragen offen. So stuft der Kanton die Tätigkeit von Uber Eats als Personalverleih ein. Doch weder Uber noch die neue Chaskis AG haben dafür die nötige Bewilligung. Ganz abgesehen davon, dass ein Ketten-



**ERFOLG!** Uber Eats muss jetzt seine Kurierinnen und Kuriere in Genf als Mitarbeitende anerkennen. FOTO: REUTERS

verleih nicht erlaubt ist: von Chaskis zu Uber und von dort weiter zum Restaurant, das Mahlzeiten ausliefern lässt. Da

**«Wenn die Politik es will, können Schwarzarbeitsmodelle à la Uber gestoppt werden.»**

PHILIPP ZIMMERMANN, UNIA

die Kurierinnen und Kuriere fürs Gastgewerbe tätig sind, gilt für sie der allgemeinverbindliche GAV der Branche – davon steht in den neuen Arbeitsverträgen aber nichts. Genauso wenig äussert sich

Uber bisher zu den Geldforderungen seiner Kurierinnen und Kurieren. Laut einer Schätzung der Unia schuldet alleine der Taxidienst den Fahrerinnen und Fahrern in der Schweiz mittlerweile bis zu 500 Millionen an Löhnen, Autospesen und Versicherungsbeiträgen (work berichtete: [rebrand.ly/500mio](https://rebrand.ly/500mio)).

Und doch: Ein erster Schritt ist getan. Philipp Zimmermann: «Der Kanton Genf zeigt, dass Schwarzarbeitsmodelle à la Uber gestoppt werden können, wenn die Politik es will.» Seine Forderung ist klar: Jetzt müssen die anderen Kantone, in denen Uber Eats tätig ist, nachziehen.

## UBER IN DEN USA

### KALIFORNIEN STIMMT AB

In Kalifornien hat Uber sein Hauptquartier. Doch auch dort bläst dem Dumping-Dienst ein rauher Wind entgegen: Kürzlich entschied ein Gericht, Uber und sein Konkurrent Lyft müssten Fahrerinnen und Fahrer anstellen und gegen Krankheit und Unfall versichern. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

**VOLKSINITIATIVE.** Der Entscheid über die Zukunft des Modells Uber wird wohl an der Urne fallen. Denn Uber und Lyft haben im US-Bundesstaat 600 000 Unterschriften gesammelt für eine Volksinitiative. Bei einem Ja würden die Fahrerinnen und Fahrer zu Selbständigen.

**UNSUMMEN.** Der Abstimmungstermin ist im November. Die kalifornischen Gewerkschaften setzen sich für ein Nein ein. Aber: Das Budget der Nein-Kampagne beträgt knapp 900 000 Dollar. Die Ja-Seite verfügt hingegen über 110 Millionen. (che)

INSERAT



# Klar auf der Seite der Arbeitenden. In der Schweiz und überall.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) +++

# Pakistan & Corona: Eine Gewerkschafterin klagt an: «10 000 Jobs bei Levi's und Gap vernichtet»



**VIELN DANK FÜR DIE BLUMEN!** In Pakistan gibt es überall Heimarbeiterinnen, aber sie waren lange unsichtbar. Jetzt nicht mehr, jetzt haben sie eine Gewerkschaft.

**Die Coronakrise trifft Pakistan heftig, auch ökonomisch. Denn grosse Textilunternehmen aus dem Westen haben ihre Aufträge storniert. Bald sind fast 18 Millionen Menschen arbeitslos.**

PATRICIA D'INCAU

**work:** Zehra Khan, in Pakistan wütet die Coronakrise. Was bedeutet das für die Arbeitenden?

**Zehra Khan:** Mehr als 6 Millionen Menschen haben ihren Job verloren. Der totale Lockdown dauerte hier von März bis Juni. Viele hofften, dass sie danach ihren Job wieder zurückbekämen. Aber die Behörden schätzen, dass in ein bis zwei Monaten fast 18 Millionen Menschen arbeitslos sein werden. Diese Menschen haben kein Geld mehr, um ihre Miete zu bezahlen, die Schule für ihre Kinder oder medizinische Behandlungen. Viele hungern. Die Verzweiflung wächst. Und jetzt haben wir auch noch die Flut.

**Gibt es denn keine staatliche Hilfe?**

Der Coronatest war teilweise gratis. Und die Regierung hat ein Hilfsprogramm gestartet. Theoretisch sollten Familien, die in Armut leben, einen einmaligen Betrag von 12 000 Rupien bekommen. Also etwa 75 Dollar. Das Problem ist aber, dass die Behörden

nur denen das Geld überweisen können, die sich registriert haben. Und das sind bei weitem nicht alle. Dazu kommt, dass auch andere soziale Absicherungen fehlen. Bei Entlassungen zum Beispiel erhalten nur jene eine Entschädigung, die einen regulären Arbeitsvertrag hatten. Über 80 Prozent aller Arbeiterinnen und Arbeiter in Pakistan haben das nicht.

**Und was tun die Gewerkschaften?**

Während des Lockdowns haben wir zusammen mit anderen Organisationen über 50 000 Familien mit Essenspaketen versorgt. Und wir haben Broschüren verteilt, um über Corona aufzuklären.

Beides ist eigentlich nicht unser Job. Aber die Regierung versagt. Sie ignoriert das Leid der Leute. Weil wir Druck machten, hat die Provinzregierung von Sindh schliesslich aber doch noch verordnet, dass wegen der Pandemie niemand mehr entlassen werden darf und dass ausstehende Löhne bezahlt werden müssen.

**Wenn Ihre Prognosen eintreffen, werden mehr als ein Viertel aller Beschäftigten arbeitslos. Warum trifft die Coronakrise gerade Pakistan dermassen heftig?**

Pakistan ist hoch verschuldet und hatte bereits vor der Coronakrise mit einer Inflation zu kämpfen. Dazu kommt, dass unsere Wirtschaft extrem von ausländischen Unternehmen abhängig ist. Die Textil- und Kleiderproduktion ist der grösste und

wichtigste Industriesektor. Als wegen Corona auf der ganzen Welt die Läden zumachen, haben grosse Textilunternehmen ihre Produktionsaufträge storniert. Die Fabriken stellten die Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Strasse, und die Frauen, die als Heimarbeiterinnen für die Fabriken produziert hatten, verloren ihre Aufträge. Viele bekamen so



**«Jetzt gehen die Heimarbeiterinnen auf die Strasse!»**

GEWERKSCHAFTERIN  
ZEHRA KAHN

gar für die Waren, die sie schon hergestellt hatten, keinen Lohn mehr. Die Modelabel Levi's und GAP haben gerade mehr als 10 000 Arbeiterinnen entlassen. Auch H&M, C&A und Tom Tailor lassen hier produzieren. Bei denen wurde auf die Arbeiter geschossen, als sie vor der Fabrik protestierten.

**Moment, die Fabrikleitung liess auf die Arbeiter schiessen?!**

Ja. Sie hatten ihre April- und Mai-Löhne verlangt, die nicht bezahlt wurden. Sie waren verzweifelt. Das Management befahl den Sicherheitskräften, auf die Menschen zu schiessen. Ein Dutzend Arbeiter wurden verletzt.

**Und dann?**

Dann kam die Polizei und verhaftete drei Arbeiter. Wir haben danach bei den Behörden interveniert. Jetzt sind die Männer wieder frei. Das ist an sich nicht ungewöhnlich. Generell gilt: Die Polizei steht nicht auf der Seite der Arbeitenden, sondern auf der Seite der Fabrikleiter und Unternehmen.

**Es gibt aber auch Lichtblicke. Ihrer Gewerkschaft ist es gelungen, die Heimarbeiterinnen zu organisieren. Also Frauen, die zu Hause für Fabriken Waren herstellen. Wie haben Sie das gemacht?**

Praktisch in allen Industriezweigen sind Heimarbeiterinnen ein wichtiger Teil der Produktionskette. Da wird jedes Zuhause zur Produktionsabtei-

lung einer Fabrik. Nur: Während in den Fabriken ein Mindestlohn von rund 104 Dollar gilt, verdient eine Heimarbeiterin im Durchschnitt gerade etwa 20 Dollar. Pro Monat! Dafür arbeitet sie bis zu 16 Stunden am Tag. Bezahlt wird im Stücklohn, also hilft auch noch die ganze restliche Familie mit – ohne Lohn, ohne Sozialversicherung. Die Kosten für Strom und Gas, die es für die Produktion braucht, werden auch nicht vergütet. All das wurde lange als ganz «normal» angesehen und akzeptiert. Weil diese Frauen in ihrem Zuhause arbeiten und nicht in der Fabrik, wurde ihre Arbeit nicht als «richtige» Arbeit anerkannt.

**Dann mussten Sie als Gewerkschaft also ganz bei null anfangen?**

Ja, wir waren auch die ersten, die das überhaupt thematisiert haben. Viele Organisationen sehen das Problem – wenn überhaupt – als reine «Gender-Frage». Für uns geht es aber um eine Klassenfrage. Denn die Heimarbeiterinnen werden nicht «nur» als Frauen ausgebeutet, sondern in erster Linie als Arbeitskräfte, als Arbeiterinnen. Und als solche haben sie Rechte. Dieses Bewusstsein mussten wir zuerst überhaupt schaffen.

**Aber damit hatten Sie richtig Erfolg...**

...ja! In Pakistan gibt es 12 Millionen Heimarbeiterinnen. Sie sind überall, aber sie waren lange unsichtbar. Wie Geister. Aber jetzt gehen sie auf die Strasse, um zu protestieren. So haben sie es geschafft, dass sie in der Provinz Sindh endlich gesetzlich als Arbeiterinnen anerkannt sind. Das bedeutet: Jede Heimarbeiterin wird dort jetzt im Sozialversicherungssystem registriert. Das ist eine Premiere! In Pakistan, aber auch in ganz Südasiens.

**ZEHRA KHAN (42)** ist Generalsekretärin der pakistanischen Heimarbeiterinnen-gewerkschaft (Home Based Women Workers Federation, HBWWF). Khan lebt in der Provinz Sindh und begann dort 2005, die Heimarbeiterinnen zu organisieren. Zwischen der HBWWF und der Schweizer Stiftung Solifonds besteht eine langjährige Partnerschaft. Auch die Unia unterstützt ihre Arbeit in der aktuellen Coronakrise.

FOTO: MATHIAS LUGGEN



Unia-Chefin Vania Alleva.

## SOLIDARITÄTS-APPELL

2020 wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Die Covid-Krise bedroht unsere Gesundheit, sie schlägt aufs Gemüt, und sie bringt für viele Lohnabhängige materielle Einbussen und Unsicherheit.

Aber nicht nur bei uns hinterlässt die Pandemie deutliche Spuren. Für viele Menschen in den ärmeren Ländern des Südens sind die Folgen noch brutaler. Nicht zuletzt, weil globale Konzerne die Kosten der Krise gerne auf die schwächsten Glieder in der Wertschöpfungskette abwälzen. So ignorierten beispielsweise Modekonzerne ihre vertraglichen Abnahmeverpflichtungen und legten Kleiderbestellungen in Milliardenhöhe einfach auf Eis, was in Ländern wie Bangladesch und Pakistan zu Massenarbeitslosigkeit und Hunger führt.

**KEINE EXTRAPROFITE.** Hier braucht es dringend unsere Solidarität. Erstens sind die Rechte der Arbeitnehmenden auch in den Ländern des Südens zu gewährleisten. Schweizer Multis dürfen während der Krise keine Extraprofite auf Kosten der Arbeitnehmenden einfahren. Sie müssen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und die Löhne zu 100 Prozent weiterzahlen.

**SCHULDEN STREICHEN.** Zweitens muss die Ausbeutung der ärmsten Länder durch das globale Finanzkapital aufhören. Ihre Schulden sind zu streichen, und privilegierte Finanzplätze wie die Schweiz müssen nach wie vor bestehende Steuerschlupflöcher schliessen.

Schliesslich unterstützen wir die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen weltweit. Denn die Klima-, Hunger-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Flüchtlingskrisen sind Zeichen einer globalen Systemkrise, die nicht in jedem Land einzeln gelöst werden kann. Nur internationale Solidarität führt uns auf dem Weg zu einer besseren Welt.

Die Unia empfiehlt die Unterstützung der gewerkschaftsnahen Organisationen Solifonds und Solidar: [solifonds.ch](http://solifonds.ch) und [solidar.ch](http://solidar.ch).

Vania Alleva,  
Präsidentin Unia

### PAKISTAN: HUNGER UND CORONA

Offiziell haben sich in Pakistan (212 Mio. Einwohner) bisher rund 300 000 Menschen mit dem Coronavirus angesteckt, knapp 6300 starben. Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Auch wenn die Angst vor Corona gross ist: wegen der weltweiten Wirtschaftskrise wird befürchtet, dass der Hunger noch viel mehr Tote fordern wird.





ZU WENIGE: Der Arbeitsmarkt für den Bau ist praktisch leergefegt. FOTO: KEYSTONE

## Massive Nachwuchskrise: Baubranche zu wenig attraktiv

Seit Jahren erhöhen Bauherrinnen und -meister den Termindruck auf dem Bau. Das rächt sich jetzt. Der Branche droht ein riesiger Fachkräftemangel.

JONAS KOMPOSCH

Eine Umsatzsteigerung um satte 25 Prozent – das verbucht das Schweizer Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Stand vor 20 Jahren. 2019 betrug der Branchenumsatz 21 Milliarden Franken – ein Spitzenwert. Ob der Bauboom so weitergehen kann, ist aber höchst ungewiss. Und zwar nicht nur wegen Corona. Das Baugewerbe steht nämlich kurz vor einem massiven Personalengpass. Ganz besonders fehlt der Nachwuchs. Zum Beispiel bei den Maurern: Noch 2005 entschieden sich über 1400 Jugendliche für eine Maurerlehre. Nur noch 720 Lehrlinge sind es heute. Und gerade jene haben mehrheitlich keinen Schweizer Pass.

«Jetzt braucht's konkrete Verbesserungen!»

CHRIS KELLEY, UNIA

schluss durchhalten: Fast 40 Prozent von ihnen kehren der Branche früher oder später den Rücken. Das geht aus dem neusten «Zahlen & Fakten»-Bericht des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) hervor.

Verschärft wird das Nachwuchsproblem durch die Demographie: Mehr als ein Drittel des Baustellenpersonals ist bereits über 50 Jahre alt. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Bauleute unter 30 Jahren seit 2016 stetig. «Vergreisung» nennt das der SBV, dem insbesondere die kommende Pensionierungswelle Sorgen bereitet. Denn dank der gewerkschaftlichen Errungenschaft des frühzeitigen Altersrücktritts (EAR) mit 60 Jahren werden viele der Ü-50er bald in Pension gehen können. Konkret schätzen die Baumeister, dass in den nächsten 10 Jahren über 35 Prozent der Vorarbeiter und sogar über 40 Prozent der Poliere wegfallen werden. Trübe Aussichten für die Unternehmer also. Zumal ihre Firmen schon heute nicht mehr genug Fachkräfte finden. «Praktisch leergefegt» sei der Arbeitsmarkt, so der SBV.

### TERMINDRUCK UND STRESS

Nur bedingt Verständnis für dieses Klagelied hat Unia-Bausekretär Chris Kelley. Er sagt: «Bauarbeiter und Poliere kritisieren seit Jahren, dass ihre Arbeitsbedingungen immer mehr unter Druck kommen. Kein Wunder verlieren ihre Berufe an Attraktivität.» Tatsächlich ergab eine grosse Bauarbeiterumfrage der Unia folgendes Bild: 78 Prozent sagen, der Termindruck habe zugenommen.

### Die Baumeister-Parolen: Zweimal gegen die SVP

Gegen die Kündigungsinitiative und für den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub. Das sind die Abstimmungsparolen des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV). Ärgern dürfte das die SVP, die es genau andersrum sieht. Und wohl auch verwundern. Denn ihre Kündigungsinitiative würde ausländische Arbeitnehmende noch mehr unter Druck setzen. Und brächte tiefere Löhne für alle. Wäre also nicht genau das auch im Sinne der Baumeister? Schliesslich sind sie es doch, die ständig über die Lohnforderungen der Bauübernehmer klagen. Und gerade jene haben mehrheitlich keinen Schweizer Pass.

**RICHTIG RECHNEN.** Doch die Meister haben gerechnet und kamen zu einem anderen Schluss: «Bei einer Annahme der Initiative ist davon auszugehen, dass sich der Fachkräftemangel in der Branche weiter verschärfen wird.» Dies aber nicht, weil weniger Ausländer kämen, wie das die Blocher-Partei behauptet. Ohne Personenfreizügigkeit werde die Zuwanderung nämlich einfach über das Kontingentsystem gesteuert, so der SBV. Doch dieses System mache die Personalrekrutierung «zeit- und kostenintensiver». Der Vaterschaftsurlaub wiederum sei «ein wesentliches Element zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität». Die haben die Meister wirklich nötig. (jok)

Für 73 Prozent führt dies zu mehr Stress und für 68 Prozent zu einer Beeinträchtigung des Familienlebens. Zudem befand eine Mehrheit, dass der Termindruck die Gesundheit, die Qualität der Arbeit sowie die Arbeitssicherheit gefährde.

Und die Baumeister? Anstatt den Druck zu mindern, versuchten sie 2018, den Landesmantelvertrag (LMV) zu verschlechtern: Massiv erhöhen wollten sie die Überstunden-Limite, ganz begraben dafür die Frühpensionierung. Und bis heute weigert sich der SBV, die (nur teilweise bezahlte) Reisezeit zwischen Firma und Baustelle zur Jahresarbeitszeit zu zählen. Was Tür und Tor für ellenlange Arbeitstage öffnet. Dem Fachkräftemangel beikommen will der SBV dagegen etwa mit einer Social-Media-Werbekampagne. Für Unia-Mann Kelley reicht das nicht: «Primär braucht es konkrete Verbesserungen in der Baustellenrealität – und zwar schnell. Es muss sich jetzt etwas bewegen!»

## Der grosse Helmut Hubacher (1926–2020) ist tot

# «Himmelhe rrgotttdonner!»

In den meisten Nachrufen sonnen sich vor allem die Nachrufenden. Auch jetzt wieder bei SP-Urgestein Helmut Hubacher. work versucht ihn deshalb vor allem selber zu Wort kommen zu lassen. Er hatte ja auch immer viel zu sagen.

MARIE-JOSÉE KUHN

Mit 90 sagte er es im work-Interview so: «Ich bin 1946 den Juso beigetreten, ein Jahr später der SP. Die Partei gibt es seit 129 Jahren, ich bin also mehr als die Hälfte dabei.» 1926 kam er auf die Welt, und 2020 starb er: Fast ein ganzes Jahrhundert hat Politiker und Gewerkschafter Helmut Hubacher an sich vorbeiziehen sehen. Und was für ein Jahrhundert! Weltwirtschaftskrise, Armut & Arbeiterbewegung, Faschismus, Zweiter Weltkrieg, Kommunismus, Sowjetunion, Kalter Krieg & Antikommunismus, Wirtschaftswunder, 1968 und Aufbruch der neuen Linken. Schwarzenbach und Barackenschweiz. Mauerfall & Fichenskandal. Aufstieg der SVP. Aufstieg des Neoliberalismus. Angriff auf AHV und Sozialstaat. Der erste Frauenstreik. Und immer wieder Blocher. Das Nein zum EWR. Schliesslich kam das Erwachen eines neuen politischen Frühlings: Klimabewegung und zweiter Frauenstreik.

Über all das hat Hubacher schreibend geteilt. In seinen Kolumnen, die er bis zu allerletzt schrieb. Und in seinen neun Büchern. Politprosa auf 2209 Seiten: Hubacher war ein grosser Geschichtenerzähler. Immer wieder schickte er auch aufmunternde Briefe und Karten. Seine letzte kam im Mai 2020. Auf der Vorderseite eine Katze auf der Mauer auf der Lauer. Hubacher war ein work-Fan, hat uns oft zitiert und empfohlen.

Und immer wieder schrieb Hubacher auch über seine Frau Gret, die ihn, den einstigen AKW-Befürworter, sozusagen über Nacht zum AKW-Gegner gemacht und mit den Worten nach Kaiser-August geschickt hatte: «Da passiert was! Du gehörst an den Tator.»

Gar keine Unterstützung wollte Gret ihm allerdings beim Blocher-Buch geben. Begründung: «Mir hängt er zum Hals heraus!» Hubacher notierte: «So viel zur familiären Atmosphäre!» Gret hatte schon bei Otto Stich «so unerbittlich» reagiert. Weil dieser seine Wahl in den Bundesrat angenommen hatte. Die Bürgerlichen hatten ihn gewählt und damit die offizielle SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen abgestraft. Sie wäre die erste Bundesrätin gewesen. Für Hubacher, der Uchtenhagen gepusht hatte, war das eine traumatische Erfahrung. Er schrieb: «Einmal mehr hatte die bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung die SP brüskiert. Es war genau das eine Mal zu viel gewesen.» Aus Protest diskutierte die SP danach den Gang in die Opposition.

Das Uchtenhagen-Drama hatte auch Gret Hubacher nie vergessen, deshalb ihre Unerbittlichkeit. Hubacher: «Wenn sie dem Stich im Coop-Gartencenter begegnete, demonstrierte sie grosslos ihr Missfallen. – «Das musste sein», deckelte sie mich auf die Frage: «War das nötig?»»

### EINE GESCHICHTSLEKTION FÜR BLOCHER

«Hubachers Blocher» erschien trotzdem. Mit einer gescheiterten Hubacher-Antwort auf Blochers Pöbele, die die SP habe ja noch nie was für die Schweiz geleistet.

**workfrage:**  
Was schätzten Sie am meisten an SP-Urgestein Helmut Hubacher?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

leistet. Unter dem hübschen Titel «Die SP gab es schon vor Blocher» erteilte der SP-Frontmann dem SVP-Führer folgende Geschichtslektion:

«Mein Grossvater machte als Fabrikarbeiter am Generalstreik mit. Und der Generalstreik hat die Schweiz verändert. Dem Bürgertum war die machtvolle Demonstration gehörig in die Knochen gefahren. Bereits 1919 ist die erste Forderung der Streikenden in Erfüllung gegangen: Im Nationalrat wurde der Proporz eingeführt.

1920 nahm der Bundesrat die zweite Forderung des Streikkomitees auf: die 48-Stunden-Woche für Fabrikarbeiter. Dann war die Altersvorsorge dran. Der Durchbruch gelang allerdings erst 1947. Im Januar 1948 wurden dann die ersten Renten ausbezahlt. Daran erinnere ich mich gut. Der Briefträger brachte auch meinen Grosseltern erstmals (die AHV: 80 Franken. Für den politisch sehr engagierten Grossvater war es ein grosser Tag.

Mit dem Generalstreik sind die ersten Bausteine für das Fundament des Sozialstaats geliefert worden. SP und Gewerkschaften verdienen also ein grosses Kompliment.»

### UMARMEN BESSER ALS AUSGRENZEN

Hubacher war ein stolzer Sozialdemokrat. Aber auch ein vorsichtiger. Und einer, der stets Anerkennung suchte. Deshalb hatte er auch seine Mühen mit der neuen Linken. Mit den Progressiven Organisationen Schweiz (Poch) etwa oder mit den Trotzlisten. Für ihn war Sozialdemokratie immer eine «stark abgeschwächte Form von Sozialismus» (zitiert nach dem österreichischen Gewerkschafter und Journalisten Günther Nening).

Weniger gut fand Hubacher die «linke Kombination von ungeheuer viel Sozialismus und ungeheuer wenig Leuten, die für so viel Sozialismus sind». Zwar setzte er sich entschieden vom Rechtskurs der deutschen SPD unter Gerhard Schröder ab: «Die Agenda 2010 von Schröder

### Der Schock der Schwarzenbach-Initiative sass ihm in den Knochen.

war ein bürgerliches Programm zugunsten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitenden.» Doch die rechten Flügler kämpften in der SP Schweiz nahm er auch mal in Schutz. Zum Beispiel Simonetta Sommaruga und Ruedi Strahm, als sie 2001 mit dem «Gurtenmanifest» kamen. Und darin verlangten, die SP müsse endlich eine «Beschränkung der Zuwanderung» akzeptieren.

Das sprach Hubacher aus dem Herzen. Ihm sass noch der Schock der Schwarzenbach-Initiative in den Knochen. Und wie damals viele Bützer von SP und Gewerkschaften abgefallen waren. Und Ja gestimmt hatten. Hubacher: «Bei meinen ersten Reden gegen die Initiative schlug mir aus den eigenen Reihen heftiger Widerspruch entgegen. Erst dann realisierte ich, wie tief der Nationalismus bereits vorgedrungen war – gerade auch in der Arbeiterschaft.» Als Bahngewerkschafter hörte Hubacher die Bähler fluchen, über die «elenden Tschinggen und Gotthard-Indianer», die mit ihren Koffern voller Salami ihre Züge verstopften.

Dieses Schwarzenbach-Trauma hatte Hubacher nie überwunden. Also stand er bei der Zuwanderung auf die Bremse. Statt daraus die Lehre zu ziehen, dass sich die Linke eben für eine nicht-fremdenfeindliche Regelung der Zuwanderung einsetzen muss. So, wie SP und Gewerkschaften dies später erfolgreich taten: für die Personenfreizügigkeit mit flankierenden Massnahmen. Lieber donnerte Hubacher gegen die «Herz-Jesu-Sozialisten», für die «Migrationspolitik natürlich kein Thema» sei.

Das schmeckte den Linken links und innerhalb der SP gar nicht. Sie schimpften Hubacher einen Angsthasen und Linkenfresser. Und doch waren sie es, die schliesslich die SP retteten, als sie Ende der 1980er Jahre ziemlich blutleer am Boden lag. All die ehemaligen Poch- und APO-Leute waren wie ein Jungbrunnen für die SP, als sie dieser doch noch beitrugen. Und sie waren auch Parteichef Hubachers persönlicher Jungbrunnen. Irigendwann sah er ein, dass Umarmen die zukunfts-trächtigere Strategie war als Ausgrenzen. Er setzte Ruedi Strahm als SP-Generalsekretär ab und holte André Daguét. Dieser sass später in der Unia-Geschäftsleitung. Dem Ganzen waren politische Differenzen mit Strahm vorausgegangen. Dieser hatte 1986 in seinem Buch «Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug» mit der Parteispaltung abgerechnet und wollte die Partei nach rechts ziehen. Daguét dagegen stand dezidiert links und wei-



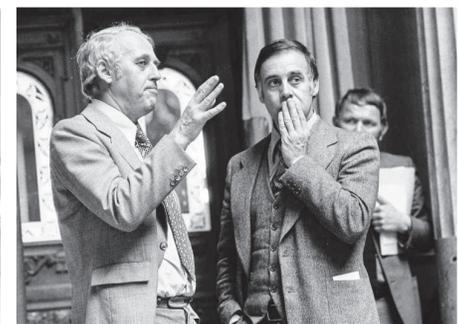
GREDIUSÄ-HUBACHER: Genussvoll nahm er als SP-Parteichef manchmal auch die eigenen Genossen ins Visier, zum Beispiel Moritz Leuenberger: «Wenn der Moritz uns mit seinem gequälten Gesicht auf dem Bildschirm anschaut, möchte man ihm am liebsten ein Aufputzmittel geben.» FOTO: PETER MOSIMANN



DER ALTE UND DER NEUE: Peter Bodenmann (links) übernimmt 1990 das SP-Szepter von Helmut Hubacher (rechts). FOTO: KEYSTONE



FRAUENWAHL: Hubacher wollte SP-Frau Lilian Uchtenhagen 1983 zur ersten Bundesrätin machen. Doch die Bürgerlichen blockten! FOTO: KEYSTONE



EINER GENÜGT: Einen Jean Ziegler (rechts) vertrat die Partei, aber zwei nicht, pflegte Hubacher zu sagen. 1977 im Bundeshaus. FOTO: KEYSTONE

belte für Peter Bodenmann als Nachfolger Hubachers. Bodenmann kam ebenfalls von links her, vom roten Kritischen Oberwallis.

### AUCH MILITÄRS SIND MENSCHEN

Helmut Hubacher und das Militär, das war kein Dreamteam. «Militärs sind Wiederholungstäter», schrieb er. Und: «Auch beim F/A-18-Kampfbomber erliessen sie ein Denkverbot. Der Entscheidungsprozess verläuft stets nach demselben Raster: Die Militärs entscheiden. Dann gilt es, den Departementsvorsteher zu gewinnen. Vorbereitet wird das Rüstungsgeschäft in der Militärkommission des National- und Ständerates. Deren Mitglieder erhalten viele Berichte, viele Grafiken, wenig Informationen. Mit zwei Ausnahmen schluckte die bürgerliche Parlamentsmehrheit in meinen 34 Jahren im Nationalrat deshalb alles, was vom EMD kam.» Ja, das Militärdepartement machte Hubacher richtig stinkig.

Musso mehr erfreute er sich dann an der Initiative «für eine Schweiz ohne Armee». Und sinnierte: «Zwar wurde die GSoA-Initiative deutlich abgelehnt. Aber eine Abfuhr, wie die Armeeführung erhofft hatte, war es nicht. Mit 36 Prozent gab es zu viele Ja-Stimmen. Die Auswertung des Abstimmungsergebnisses war für die Militärs niederschmetternd. Die jungen Soldaten hatten der Initiative mehrheitlich zugestimmt. Die alten, die Menschen der Aktivdienstgeneration, haben die Armee gerettet. Von diesem Sieg hat sich die Armee seither nie mehr erholt.»

### DER DOPPELGÄNGER

Hubacher war ein Scharfschütze, wenn auch nur ein verbaler. Genussvoll zielte er manchmal auch auf die eigenen: «Wenn der Moritz uns mit seinem gequälten Gesicht auf dem Bildschirm anschaut, möchte man ihm am liebsten ein Aufputzmittel

geben.» Vermerkte Hubacher einst. Hubacher über Ueli Maurer: «Maurer hat eine gewisse Bauernschläue, ist auf den ersten Blick ein Gmögiger. Aber er ist heimtückisch und ein Meister im Sich-Rausreden. Ein Leichtmatrose.» Und Hubacher über Jean Ziegler: «Einen Ziegler verträgt es, aber zwei nicht!» Hubachers Grediusä war keine Masche. So war er eben.

Und dann ist da noch die Geschichte seines Doppelgängers. Kam ein Mann in einer Beiz auf Hubacher zu und fragte ihn, wie denn seine Ferien in Rhodos gewesen seien. Hubacher, ganz verdrutzt, winkte ab, er sei noch gar nie dort gewesen. Der Mann müsse ihn verwechseln. Doch dieser liess nicht locker. Doch doch, er habe Hubacher ja selber dort gesehen. Das könne unmöglich sein, wiederholte Hubacher. Doch der andere beharrte und meinte, er könne ja verstehen, dass Hubacher nicht darüber reden möge, schliesslich sei er ja

auch nicht mit seiner Frau in Rhodos gewesen, sondern mit einer Blondine! Jetzt lupfte es Hubacher aber den Hut: «Himmelhergotttdonner! bellte ich zurück, was erlauben Sie sich eigentlich, besser wissen zu wollen, wo ich meine Ferien und dann erst noch mit einer anderen Frau verbracht haben soll!» Schon gut, meinte der andere nun in einem Tonfall, den man anschlägt, um mit einem kranken Kuh zu reden.

Erst Jahre später begriff Hubacher des Rätsels Lösung: Er hatte einen Doppelgänger! Doch sie begegneten sich erst Jahre später. Und Helmut Hubacher notierte: «Es war wie ein Hammer. Erstaunt schaute ich ihn an, musterte das Gesicht, die Haare, die Kopfform, die Augen, und fast miteinander stellten wir fest: «Wir gleichen einander wirklich!»

Alle Zitate stammen aus Hubachers Büchern oder aus dem work.

## Britische Zustände? Nein danke!

In der Stadt Leicester arbeiten in der Bekleidungsindustrie 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zu sklavenähnlichen Bedingungen, ähnlich wie in der deutschen Fleischindustrie. Sie haben mehrheitlich keine Arbeitsverträge, verdienen weniger als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes, viele haben keine Aufenthaltsbewilligung. Die Behörden wissen das seit längerem, aber Kontrollen gibt es nur wenige, und die Bussen sind lächerlich tief.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Trotz Coronakrise produzierten die Fabriken von Leicester weiter, wie wenn nichts wäre. Keine Abstandsregeln, keine Masken. Wer sich angesteckt hatte, musste weiterarbeiten. Viele arbeiteten auch deshalb weiter, weil sie sonst keinen Lohn gesehen hätten. Einer der Vorarbeiter prahlte: «Ich bin auch positiv getestet worden, habe weitergearbeitet und bin nicht gestorben.» Bis in Leicester plötzlich Hunderte Neuansteckungen bekannt wurden und die ganze Stadt in den Lockdown musste.

**SHITSTORM FÜR BOOHOO.** Nun kamen plötzlich Arbeitsbedingungen wie im 19. Jahrhundert ans Tageslicht. Der grösste Auftraggeber und Preisdrücker, der Kleiderhändler Boohoo, erntete darauf einen Shitstorm, niemand wollte mehr bei Boohoo shoppen. Und die Aktienkurse gingen in den Keller. Boohoo verspricht nun, den Mindestlohn einzuhalten und mehr Kontrollen durchzuführen. Damit es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, verlangt der britische Gewerkschaftsdachverband TUC jetzt ein Gesetz zur Solidarhaftung der Unternehmen entlang der Lieferkette. Wenn ein Subunternehmer Lohndumping betreibt, haftet der Auftraggeber.

**BREXIT-MODELL.** Der Skandal von Leicester ist kein Einzelfall, er verkörpert das Geschäftsmodell des Brexit. Premier Boris Johnson will aus Grossbritannien das Singapur Europas machen. Einerseits sind da Londons Banken, die Top-Drehscheiben des Kapitals. Andererseits gibt es eine Billigindustrie, wenn nötig betrieben mit Schwarzarbeit. An die EU-Rechtsstandards punkto Arbeit, Soziales und Umwelt will sich Johnson nicht mehr halten. Und die SVP lobt dieses Brexit-Modell immer wieder über den grünen Klee!



**Umfrage Gewerbe  
«Solidarisch aus der Krise»**

Im Herbst finden die Lohnverhandlungen im Gewerbe statt. Die Situation rund um das Coronavirus ist nach wie vor ungewiss. Wir brauchen dich, um die reale Situation in der Branche sowie deine Bedürfnisse zu kennen. Nimm mit deinen Kolleginnen und Kollegen an unserer Umfrage teil:  
[www.unia.ch/umfrage-gewerbe](http://www.unia.ch/umfrage-gewerbe)

# Brisante Umfrage unter Journalistinnen und Journalisten zeigt: Die Medienschaffenden leiden unter massiver Job-Angst

**Stagnierende Löhne, sinkende Honorare, viel Stress und schlechte Aussichten: Eine neue Studie des Gewerkschaftsbunds zeigt, in den Medien ist's nicht lustig.**

RALPH HUG

Seit anderthalb Jahrzehnten fehlt in der Medienbranche ein Gesamtarbeitsvertrag. Zwar wird seit 2017 wieder verhandelt, aber ohne Resultat. Renitente Verleger wie der frühere Verbandspräsident Hanspeter Lebrument, aber auch die Konzernbosse von Ringier oder Tamedia (heute TX Group) sperrten sich dagegen. Zum eigenen Vorteil und zum Nachteil aller Medienschaffenden. Das zeigt jetzt eine neue Studie des Gewerkschaftsbunds (SGB).<sup>\*</sup> Sie beruht auf einer Umfrage unter 1611 Mitarbeitenden von Zeitungen, Onlinemedien, Radio und Fernsehen SRF, Privatradios und Fachzeitschriften sowie freien Journalistinnen und Journalisten. Die Resultate beunruhigen.

### BEIM LOHN ABGEHÄNGT

Während alle Löhne von 2006 bis 2019 real um gut 11 Prozent stiegen, stagnieren sie bei den Medienschaffenden. Der Medianlohn in den Privatmedien ist inflationsbereinigt sogar um 1,6 Prozent gesunken. Stefanie Vornburg, bei der Gewerkschaft Syndicom für die Medienbranche zuständig, sagt: «Die Medienschaffenden drohen von der Lohnentwicklung abgehängt zu werden.»

Lohnmässig am schlechtesten sind die Freischaffenden dran. Wegen der ständig fallenden Honorare verdienen sie heute 1000 Franken weniger als früher. Ein Viertel muss gar mit weniger als 4000 Franken im Monat auskommen. Viele können gar nicht mehr vom Journalismus leben. Sie müssen sich mit Zusatzjobs etwa im Lehr- oder PR-Bereich über Wasser



ERST DIE DIVIDENDEN, DANN DIE JOURNIS: Demo gegen den Stellenabbau bei der Nachrichtenagentur SDA im Februar 2018. FOTO: KEYSTONE

halten. Und es gibt immer mehr von ihnen. Denn die Redaktionen sparen, bauen Stellen ab und lagern aus. So senken die Verleger systematisch das Lohnniveau und steigern die Gewinne. Noch im Frühjahr schüttete die TX Group 37 Millionen Franken Dividenden an die Aktionärinnen und Aktionäre aus. Allein mit den Bezahlmedien erwirtschaftete der Konzern bis vor kurzer Zeit Traumrenditen von über 8 Prozent. Jetzt folgt ein Abbauprogramm, 40 Stellen werden gestrichen, 70 Millionen Franken sollen in den nächsten drei Jahren eingespart werden. Auch Ringier baut 35 Stellen ab.

### KEINE ZUKUNFT

Wo jedoch ein Gesamtarbeitsvertrag besteht, wie etwa bei der SRG oder den Westschweizer Printmedien, sehen die Löhne gemäss Studie besser aus. Mit GAV liegt der Medianlohn rund 800 Franken im Monat höher als ohne GAV-Schutz. Besonders bei den tiefsten Löhnen

wirkt ein GAV als Fallbremse – die Einkommen rutschen nicht ins Bodenlose ab.

Zum Lohndruck kommt die Lohnungleichheit hinzu: Die Unterschiede zwischen Männern und

### Mit GAV liegt der Medianlohn rund 800 Franken im Monat höher als ohne GAV-Schutz.

Frauen bei den Festangestellten sind immer noch markant. Sie machen 400 bis 600 Franken aus, so die Studie.

Hinzu kommt die Angst vor Jobverlust: Ein Viertel fürchtet sich davor, die Stelle zu verlieren. Und eine grosse Mehrheit teilt die Ansicht: «Für unsere Branche sieht es ziemlich düster aus.» In den Redaktionen breitet sich No-Future-Stimmung aus. Dore Heim, die beim Gewerkschaftsbund die Studie auf den Weg gebracht hat, sagt: «Die Angst im Me-

diensektor ist heute viel grösser als in anderen Berufen.»

Höchste Zeit, dass die Verleger umdenken: investieren statt abbauen und Hand für einen fairen GAV bieten, der die Qualität der Arbeitsbedingungen sichert. Denn tatsächlich stabilisiert ein GAV nicht nur die Löhne, er verbessert auch die Arbeitsbedingungen, wie die Studie nachweist. Es gibt dann weniger unbezahlte Arbeit, weniger Überzeit und weniger Lohndiskriminierung als dort, wo kein GAV wirkt. Ein neuer Gesamtarbeitsvertrag ist denn auch die Forderung der Stunde. Der Nationalrat berät derzeit ein Medienförderungsprogramm. In den Genuss solcher Mittel sollen aber die Verlage nur kommen, wenn sie die Jobs mit einem GAV absichern. Das fordern die Gewerkschaften.

<sup>\*</sup> **Medienumfrage 2020.** Eine Analyse der Arbeitsbedingungen und Löhne von über 1000 Medienschaffenden in der Schweiz. SGB-Dossier Nr. 141. Download: [rebrand.ly/medienumfrage](http://rebrand.ly/medienumfrage)

## Delegieren statt entscheiden: «Globokratie» beim Reiseanbieter Globetrotter Mitarbeitende sollen sich selbst feuern

**Gegen seine Abbaupläne will der Globetrotter-Chef keinen Widerstand. Und führt deshalb eine Art Mitbestimmung ein. Mit perfiden Folgen.**

JONAS KOMPOSCH

Unter Corona crasht kaum eine Branche so hart wie der Tourismus. Insbesondere die Umsätze von Reiseunternehmen sind

### Die Mitarbeitenden müssen sich für jede Stelle neu bewerben.

drastisch eingebrochen. Hunderte Entlassungen haben Schweizer Anbieter bereits angekündigt. Schlecht steht's auch um den Individualreise-Spezialisten Globetrotter. Doch dort mag CEO Dany Gehrig (50) nicht

selbst zum Rotstift greifen und Entlassungen aussprechen. Stattdessen hat er sich für die 240 Mitarbeitenden etwas ganz Besonderes ausgedacht: Wer weiterhin bei Globetrotter arbeiten will, muss sich neu bewerben und um die übriggebliebenen Stellen buhlen. Aber nicht die Chefinnen und Chefs entscheiden, wer letztlich bleiben darf. Vielmehr sollen das die Mitarbeitenden untereinander ausmarchen. Konkret müssen Bewerbende dem eigenen Team erklären, warum gerade sie die am besten geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten seien. Dann folgen das gegenseitige Bewerten, eine Diskussion und schliesslich die Wahl.

### AKT PURER FEIGHEIT

«Globokratie» nennt CEO Gehrig diese Form der Unternehmensführung. Angekündigt hatte er



**GLOBOKRATIE: Globetrotter auf Abwegen.** FOTO: ZVG

diese gleichzeitig mit den Abbauplänen. Warum genau dann, verriet der findige Chef und selbsternannte «Leiter Globokratie» dem «Tages-Anzeiger»: «Hätte ich Schliessungen und den Abbau einfach vorgegeben, hätte ich neun Monate lang Widerstand an allen Fronten gehabt.» Ganz anders sei das mit seinem Globo-Mitbestimm-Mo-

dell, das für Transparenz Sorge und den verbleibenden Mitarbeitenden mehr Rückhalt gebe. Das jedoch sehen nicht alle so. Mehrere Personalrechts-Experten schalten Gehrigs Vorgehen als «groben Missbrauch von Modellen partizipativer Führung» und als «Akt purer Feigheit». Und gemäss «Tages-Anzeiger» sind auch viele Mitarbeitende nicht bereit, dieses Prozedere für Ober-Globi Gehrig mitzumachen und gegen ihre Kolleginnen und Kollegen anzutreten. Stattdessen hätten sie von sich aus gekündigt. Wo bei Opposition besser wäre. Denn wer selbst kündigt, vergibt sich die Möglichkeit, die Vertragsauflösung als missbräuchlich anzufechten. Zudem kann das RAV «selbstverschuldeten» Arbeitslosen bis zu 60 Einstelltag aufbrummen. Während dieser Zeit entfällt der Anspruch auf Taggelder.



Monster-Abstimmungssonntag am 27. September

# Papi-Zeit, Superverdiener-Geschenk, Militärköpfe und Wölfe im Schafspelz

Die brandgefährliche Kündigungsinitiative der SVP steht im Zentrum des übervollen Abstimmungssonntags (Seiten 10–11). Sie ist ein Angriff auf die Rechte aller Arbeitnehmenden in der Schweiz. Doch auch bei anderen Vorlagen geht es für die Lohnabhängigen um viel.

## Vaterschaftsurlaub: Besser als nichts



Diese Vorlage wurde gezimmert, um die Initiantinnen und Initianten zum Rückzug der Initiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub» zu bewegen. Sie verlangte 4 Wochen «Papi-Zeit». Jetzt geht es noch um die Hälfte. Der Kompromiss kam auch mit Stimmen der FDP in der Bundesversammlung zustande. Das war offenbar pure Taktik. Nachdem bereits Freisinn-Promis mit wehenden Fahnen ins Nein-Komitee gewechselt haben, ist die FDP am Wochenende auch offiziell auf den Nein-Kurs der SVP eingeschwenkt. Angeblich zu teuer!

Dabei sind die Kosten tief, weil die Leistungen sehr bescheiden sind: 230 Millionen Franken im Jahr. 115 Millionen Franken werden von den Arbeitnehmenden, 115 Millionen von den Arbeitgebern getragen. Dafür wird der Beitrag für die Erwerbsersatzordnung von heute 0,45 Prozent des Lohnes um 0,05 Prozent auf neu auf 0,5 Prozent angehoben. Die aktuelle Vorlage ist besser als nichts. Aber das Ziel der fortschrittlichen Kräfte in diesem Land ist eine anständige Elternzeit – nicht kurze «Papi-Ferien».

## Jagdgesetz: Besser nicht



Die Revision des Jagdgesetzes ist ein Erfolg der vereinigten Baller- und Bauernlobbies. Es delegiert die Erlaubnis zum Abschuss vermeintlich geschützter Wildtiere. Im Visier stehen Wolf und Luchs. Der Biber wurde in letzter Minute rausgestrichen. Kann aber bei

einem Ja auf einfachem Weg und ohne Volksabstimmung wieder reingeschrieben werden. A propos «Problem Wolf». Jedes Jahr werden rund 200 000 Schafe auf Alpen gesammelt. Von diesen kommen rund 4200 nicht lebend zurück. Weil sie krank werden, weil sie abstürzen oder sich sonst verletzen. Meist wegen mangelnder Betreuung. Von den 800 Schafalpen sind rund die Hälfte nicht beaufsichtigt. Trotz erheblichen Subventionen. Die Wölfe in der Schweiz werden jährlich für rund 200 bis 400 Schafrisse verantwortlich gemacht. Im Durchschnitt stammen 90 Prozent der gerissenen Schafe aus unbeaufsichtigten und ungeschützten Herden. Übrigens: Das revidierte Jagdgesetz ist offensichtlich derart missraten, dass selbst viele verantwortungsbewusste Jägerinnen und Jäger dagegen sind.

## Kampffjets: Besser nichts



ZU DEN KAMPFFJET-MILLIARDEN

Die rechte Parlamentsmehrheit will der Armee einen Blankocheck über 6 Milliarden Franken ausstellen. Damit sollen die Militärs neue Kampffjets kaufen. Das Feinste vom Feinsten. Seriöse Kostenschätzungen gehen jedoch von mindestens 24 Milliarden Franken über die gesamte Lebensdauer der Jets aus. Was die Militärs dann kaufen, wollen sie selber entscheiden. Dazu sollen die Steuerzahlenden schweigen müssen. Das ist die «Lehre» der Militärköpfe aus dem Volks-Nein zum Gripen. Der hätte über die ganze Lebensdauer «nur» 10 Milliarden Franken gekostet. Für die sogenannten «Luftpolizeilichen Aufgaben» braucht es keine Luxusjets wie etwa den F-35, die im Zweifel auch noch zum Beispiel von US-Kräften gesteuert werden können, weil die Steuerungssoftware nicht vollständig offengelegt wird. Für die Luftpolizei sind leichtere und günstigere Jets besser geeignet. Oder, wie es Michael Unbehauen formuliert: «Klar kann auch der F-35 für Luftpolizei eingesetzt werden. Aber das ist wie Pizza-Holen mit dem Lamborghini.» Unbehauen ist ehemaliger Luftabwehroffizier der US Army und jeder Militärfeindlichkeit unverdächtig.

## Neue Kampffjets kosten mindestens 24 Milliarden.

## Kinderabzug: Besser so nicht



Die Kinderabzug-Vorlage ist ein Paradebeispiel dafür, wie schamlos SVP und FDP und in diesem Fall auch die CVP die oberen Zehntausend verhätscheln. Die Geschichte geht so: Bundesrat und die Parlamentsmehrheit wollten den maximalen Abzug der Drittbetreuungskosten bei den Bundessteuern von heute 10 100 auf 25 000 Franken pro Kind erhöhen. Das war grundsätzlich unbestritten. Und kostet ungefähr 10 Millionen Franken im Jahr. Doch dann preschte im letzten Moment der Zürcher CVPLer Philippe Kutter mit einem Einzelantrag vor: Auch der allgemeine Kinderabzug («die Pauschale») soll erhöht werden. Und zwar von 6500 auf 10 000 Franken. Eine Vernehmlassung dazu gab es nicht und auch keinen Bericht des Bundesrates. Die Rechten rechneten kurz und stimmten froh zu. Kostenpunkt pro Jahr 370 Millionen Franken!

## SVP, FDP und CVP verhätscheln die oberen Zehntausend.

Weil die Bundessteuer richtigerweise stark progressiv ist, profitieren von der Erhöhung des pauschalen Abzugs vor allem die Best- und Superverdienenden. Diese haben das Geld gar nicht nötig. Familien dagegen, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen, erhalten wenig bis nichts. 40 Prozent der Familien bezahlen bereits heute keine Bundessteuer, schlicht, weil sie zu wenig verdienen.

Rechnen wir einmal konkret: Eine Familie mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von 60 000 Franken wird nicht entlastet. Eine mit 80 000 Franken bezahlt 257 Franken weniger Bundessteuer. Eine mit 120 000 Franken steuerbarem Einkommen bezahlt 473 Franken weniger. Ein steuerbares Einkommen von 120 000 Franken entspricht ungefähr einem Brutto-Einkommen von gegen 180 000 Franken. Also einem Monateinkommen von 15 000 Franken. Doch selbst diese Familie würde noch mehr profitieren, wenn das 370-Millionen-Steuer Geschenk an Bestverdienende für die Erhöhung der Kinderzulagen ausgegeben würde. Dann gäbe es pro Kind und Jahr 265 Franken. Für alle – und nicht nur für die so-wieso schon Reichen.

CLEMENS STUDER



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE KONZERN-MOGULE ZITTERN JETZT

Wie kleine, verängstigte Tiere laufen Jungen und Mädchen durch die von Abfallbergen gesäumten Strassen von Goma, der kongolesischen Metropole in Nord-Kivu, nahe der ruandischen Grenze. Viele von ihnen sind verletzt oder versehrt, einige sitzen in Rollstühlen. Ihnen ist es gelungen, aus den Kobalt- und Coltan-Minen der Region zu fliehen.

**Nie in meinem Leben werde ich die verzweifelten Blicke dieser gejagten Kinder vergessen.**

Sie wagen es nicht, in ihre Heimatdörfer zurückzugehen, weil ihre Familien sie – um selbst zu überleben – an die Minen-

barone und deren Rekrutierer verschachert haben. In Goma fürchten sie sich vor Milizionären, die Jagd auf alle Flüchtigen aus den Minen-Enklaven machen. In zerschossenen Häusern suchen sie Unterschlupf. Zum Überleben betteln sie auf dem Gemüsemarkt. Nie in meinem Leben werde ich die verzweifelten Blicke, die Angst dieser gejagten Kinder vergessen.

**KONZERNVERANTWORTUNG.** Vor wenigen Tagen hat in der Schweiz die Kampagne zur Konzernverantwortungsinitiative begonnen. Abgestimmt wird am 29. November. Allein die Konzerne Glencore und Syngenta haben angekündigt, dass sie mit 8 Millionen Franken die Initiative bekämpfen werden.

Was verlangen die Initianten, die 120 Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen? Transkontinentale Konzerne und ihre Zulieferer sollen sich zur Einhaltung der Menschenrechte und der Umweltschutznormen verpflichten. Verstossen sie dagegen, können die Opfer Schadenersatz verlangen. Vor Schweizer Gerichten.

Wenn die Kommunikationsfritzen von Glencore in Zug behaupten, ihr Konzern erlaube keine Kinderarbeit, dann kann das sogar stimmen. Aber Coltan zum Beispiel wird in ganz engen Schächten, in brüchigem Gestein gefördert. Nur die schmalen Körper von Kindern können in die zwanzig oder mehr Meter tiefen Schächte herabgelassen werden. Diese Minen werden von einheimischen Unternehmern und ihren Milizionären betrieben, die keinen Zugang zum Weltmarkt haben. Über diesen Zugang verfügen nur die transkontinentalen Privatkonzerne. Ihre Agenten kaufen in Nord-Kivu das sogenannt handwerklich geförderte Erz auf. Es wird dann mit dem von den Konzernen selbst geförderten, sogenannt industriell geförderten Coltan vermischt und über die Atlantikhäfen Angolas oder über Kenia und die Häfen des Indischen Ozeans exportiert. Die Abnehmer sitzen im Westen, in Japan und den USA. Sie verarbeiten das wertvolle Metall unter anderem in Handys oder Flugzeugrümpfen.

**DIE WICHTIGSTE ABSTIMMUNG.** Die über 700 in der Schweiz ansässigen transkontinentalen Privatkonzerne sind eine Weltmacht. Mehr als die Hälfte dieser Konzerne gehören ausländischen Kapitalisten. Die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative vom 29. November wird sicherlich eine der wichtigsten der letzten Jahrzehnte werden. Sie wird zeigen, ob eine demokratische Mehrheit die mörderische Profitsucht brechen kann. Der 29. November wird damit zur einzigen Hoffnung der geschundenen Kinder von Goma.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



EIN KLARES NEIN! Die SVP-Kündigungsinitiative schadet allen Arbeitnehmenden. FOTO: ZVG

## Von work demaskiert: Die falschen Versprechen der SVP

Die SVP hat ihre Argumente für ihre Initiative schon mehrfach ausgewechselt. Richtiger und ehrlicher sind sie nicht geworden. work hat schon einige entlarvt. Hier vier weitere Beispiele.

CLEMENS STUDER

### 1. Die SVP behauptet: «Die Initiative schützt die Schweizer Löhne.»

**Richtig ist das Gegenteil:** Bei einem Ja zur Initiative kommen die Löhne unter Druck. Erstens, weil ohne die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit nicht mehr wirksam gegen Dumpinglöhne vorgegangen werden könnte. Und zweitens, weil in einer Kontingentwirtschaft die Stellung der Arbeitnehmenden generell geschwächt wird. Wer unter schlechteren vertraglichen Bedingungen arbeitet, muss schlechtere Arbeitsverträge eingehen. Das führt zu einer Abwärtsspirale bei den Löhnen und den Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmenden.

### 2. Die SVP behauptet: «Die Initiative stärkt die Schweizer Arbeitnehmenden.»

**Richtig ist das Gegenteil:** Bei einem Ja zur Initiative kämen die Rechte der Arbeitnehmenden generell unter die Räder. Weil zahlreiche Errungenschaften der vergangenen Jahre, die heute die Arbeitnehmenden stärken, wegfallen würden. Daraus hat die SVP früher kein Hehl gemacht. Bei der Lancierung der Initiative hat sie noch deutsch und deutlich gesagt, worum es ihr wirklich gehe: keine Kontrolle der Löhne und Arbeitsbedingungen mehr und keine Gesamtarbeitsverträge.

### 3. Die SVP behauptet: «Die Initiative schützt die älteren Arbeitnehmenden vor Jobverlust.»

**Richtig ist das Gegenteil:** Wenn ältere Arbeitnehmende in den vergangenen Jahren ihre Stellen überdurchschnittlich oft verloren haben, ist dafür nicht die Personenfreizügigkeit verantwortlich. Sondern die Profitmaximierung mancher Firmen. Daran ändert auch die Initiative nichts. Vielmehr käme es bei einem Ja zu noch mehr Lohndruck, was insbesondere auch den älteren Arbeitnehmenden schadet. Perfid: Die SVP ist die einzige Partei, die sich gegen eine Überbrückungsrente für ältere Ausgesteuerte wehrt. Und die Betroffenen weiterhin in die Sozialhilfe und die Altersarmut treiben will.

### 4. Die SVP behauptet: «Die Initiative beschränkt die Zuwanderung, entlastet die Infrastruktur und verbilligt die Mieten.»

**Richtig ist das Gegenteil:** Weil die Schweizer Wirtschaft weiterhin auf Arbeitnehmende aus dem Ausland angewiesen ist, wird sich an der Zuwanderung bei einem Ja im Vergleich zur jetzigen Regelung nichts ändern. Denn entscheidend für die Entwicklung der Zahlen ist die wirtschaftliche Lage. Das Problem des knappen und teuren Wohnraums in Städten und Agglomerations kann nicht mit der Kündigung der bilateralen Verträge gelöst werden.

## 27. September 2020: Eidgenössische Abstimmung über die Begrenzungsinitiative der SVP

# SGB-Chefökonom Lampart zerpfückt die «Kündigungs-Initiative»



### Im Vergleich zu anderen Einwanderungssystemen schneidet die Schweizer Personenfreizügigkeit in Verbindung mit wirksamen flankierenden Massnahmen gut ab.

DANIEL LAMPART\*

#### 1 Personenfreizügigkeit und Flankierende: weniger Dumping, bessere Löhne

Dank der Einführung der flankierenden Massnahmen und der Personenfreizügigkeit gibt es heute weniger Lohndumping. Das zeigt eine Auswertung der offiziellen Schweizer Lohnstatistiken. Unter dem früheren fremdenpolizeilichen Kontingentssystem verdiente ein Kurzaufenthalter für die gleiche Arbeit rund 13,6 Prozent weniger als ein Schweizer. Bei den Grenzgängerinnen und Grenzgängern waren es rund 7,2 Prozent. Heute haben Kurzaufenthalter und Schweizer im Durchschnitt den gleichen Lohn – obwohl es natürlich auch heute immer wieder Dumpingfälle gibt. Bei den Grenzgängern sind es im Mittel noch rund 4,5 Prozent weniger.

Dahinter stehen vor allem zwei Ursachen. Dank den flankierenden Massnahmen (FlaM) kontrollieren die Arbeitsmarktspektoren heute rund 170 000 Löhne pro Jahr. Bei Lohnverstössen werden die Firmen aufgefordert, die Löhne anzupassen, und sie werden gebüsst. Gleichzeitig brachte die Personenfreizügigkeit den Arbeitnehmenden aus der EU mehr Rechte. Sie können sich besser gegen Missbräuche wehren. Unter dem menschenunwürdigen Saisonierstatut<sup>†</sup> dagegen war der Druck gross, Missbräuche stillschweigend hinzunehmen. Denn wer sich wehrte, wurde in der nächsten Saison nicht mehr eingestellt. Da durch waren auch der spätere Familiennachzug oder die Jahresaufenthaltsbewilligung gefährdet. Stabilität und Sicherheit ergeben sich weiter aus der Verbesserung durch das Freizügigkeitsabkommen mit der EU: Die Jahresaufenthalte werden nun für fünf Jahre vergeben. Im alten System dauerten diese nur ein Jahr. Dementsprechend waren auch die Arbeitsverträge befristet. Viele Betroffene lebten in Sorge, dass sie Stelle und Aufenthalt zusammen verlieren könnten. Gewisse Firmen nutzten das aus und zahlten den Betroffenen weniger Lohn.

Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen zusammen sind ein Fortschritt. Die Berufstätigen ohne Schweizer Pass leben sicherer und können sich besser wehren. Davon profitieren auch die Schweizerinnen und Schweizer. Denn wenn Missbräuche und Dumping bei den Ausländerinnen und Ausländern nicht bekämpft werden, schlagen sie irgendwann auf den ganzen Arbeitsmarkt durch. Weil die Löhne insgesamt unter Druck kommen oder weil die Firmen «billigere» Arbeitskräfte aus dem Ausland anstelle von Inländerinnen und Inländern anstellen.

#### 2 Die Schweiz ist heute Europameisterin bei den Lohnkontrollen

Die Corona-Ansteckungen in der deutschen Fleischverarbeitung (work berichtete: [rebrand.ly/schweine-system](#)) haben viele Leute erschreckt. Überraschend waren sie aber nicht. Bereits seit

Jahren weisen die Gewerkschaften auf die problematischen Arbeitsbedingungen und Unterkünfte der Arbeiterinnen und Arbeiter aus Bulgarien und Rumänien in der deutschen Fleischindustrie hin. Und sie haben kritisiert, dass der für die Lohn- und Arbeitsmarktrollen verantwortliche Zoll viel zu wenig tut.

Die Schweiz hingegen ist Europameisterin bei den Lohnkontrollen – auch dank dem gewerkschaftlichen Druck für die FlaM. Hierzulande kontrollieren die Sozialpartner und die Kantone über 170 000 Arbeitnehmende oder 41 000 Firmen pro Jahr. Der deutsche Arbeitsmarkt ist fast zehnmal grösser. Doch der für die Kontrollen zuständige Zoll überprüft nur rund 55 000 Firmen jährlich. Österreich – wie die Schweiz ein kleineres Land – ist die Nummer 2 in Europa. Dort werden etwa 105 000 Arbeitnehmende bei einem ungefähr gleich grossen Arbeitsmarkt wie in der Schweiz kontrolliert. Frankreich ist mit rund 20 000 kontrollierten Betrieben weit abgeschlagen.

#### 3 Positive Lohnentwicklung und interessanter Qualifikationsmix bei den Arbeitskräften, die einwanderten

Die Schweiz hat in den letzten 20 Jahren auf Druck der Gewerkschaften eine aktivere GAV- und Mindestlohnpolitik betrieben. Die tiefen und mittleren Löhne sind gestiegen – trotz einem widrigen Umfeld mit Franken-Überbewertung. Die FlaM haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Einerseits wurde die Kontrollaktivität erhöht, andererseits entstanden Mindestlöhne in neuen Branchen wie in der Hauswirtschaft oder im Personalverleih. Deutschland hingegen verfolgte bis zur Einführung des staatlichen Mindestlohnes nach 2010 eine Tieflohnpolitik. Die bereits sehr tiefen Löhne sanken in den 2000er Jahren noch weiter ab.

Diese lohnpolitischen Versäumnisse in Deutschland machen sich nicht nur bei den Löhnen, sondern auch beim Qualifikationsmix der Einwanderung bemerkbar. Dieser hat sich in Deutschland ungünstiger entwickelt als in der Schweiz. In der Schweiz konnte durch die aktive Politik gegen die Tieflohne eine stärkere Ausbreitung von prekären Jobs verhindert werden. Schweizer Firmen beschäftigten mehr höherqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Der Anteil der im Ausland neu rekrutierten Hilfsarbeitskräfte ging hingegen markant zurück – viel ausgeprägter als in Deutschland.

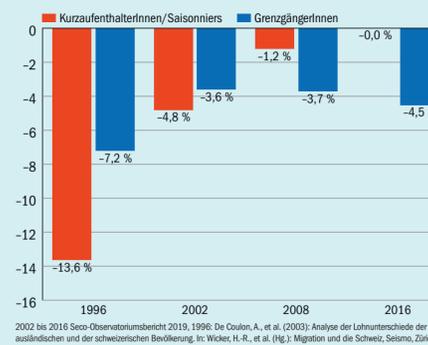
#### 4 «Wunschkonzert» der schwarzen Schafe unter den Firmen im früheren Kontingentssystem

Dank den FlaM zur Personenfreizügigkeit wird den Firmen in der Schweiz erstmals richtig auf die Finger geschaut. Die Lohnkontrollen überprüfen jährlich über 40 000 Firmen, ob sie korrekte Löhne und Sozialversicherungsabgaben zahlen. Im Dumpingfall müssen sie Bussen zahlen. Und sie werden von Bund und Kantonen aufgefordert, die Löhne zu erhöhen.

Das frühere Kontingentssystem vor 2002 war dagegen ein «Wunschkonzert» der schwarzen Schafe unter den Firmen. Sie erhielten ihre Bewilligungen meistens wie gewünscht. Kontrollen der Löhne und Arbeitsbedingungen gab es kaum. Darum haben die Firmen viele Leute schwarz angestellt. Etwa, um keine Sozialabgaben zu zahlen. Schätzungen der Gewerkschaften gingen fürs Jahr 1990 von 120 000 bis 180 000 illegal Beschäftigten aus.

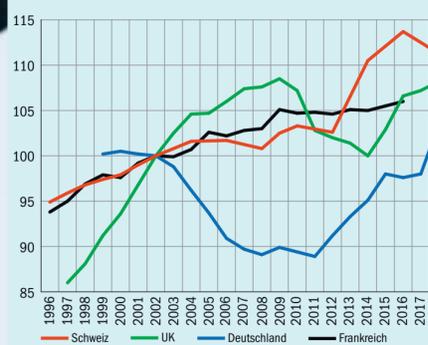
Die Einwanderungsstatistiken zeigen das klar. In wirtschaftlichen Boomjahren wie den 1960er oder vor 1991 stellten die Firmen mehr Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland ein. Die Einwanderungszahlen stiegen. In Rezessionsphasen wurden deutlich weniger Aufenthaltswilligungen ausgestellt. In diesen offiziellen

#### Statistisch nicht erklärbarer Lohnrückstand 1996 bis 2016 (in Prozent gegenüber SchweizerInnen und Niedergelassenen)

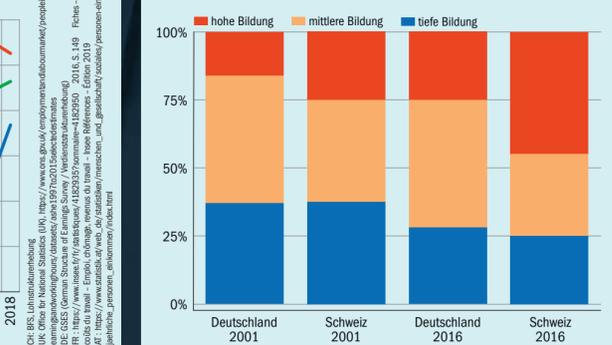


2002 bis 2016: Swiss-Oberstammbuchbericht 2019, 1999: De Couder, A., et al. (2003): Analyse der Lohnunterschiede der ausländischen und der schweizerischen Bevölkerung. In: Wicker, H.-R., et al. (Hg.): Migration und die Schweiz, Seismo, Zürich.

#### Unterste 10 Prozent der Löhne: Entwicklung der Reallöhne (2002 = 100)



#### Qualifikation der Einwanderinnen und Einwanderer: Schweiz vs. Deutschland (Anteile)



Eigene Berechnungen, basierend auf OECD DACD <https://www.oecd.org/dac/dacd/>

**WORKTIPP**

**TATORT ARBEITSPLATZ**

Die Gewerkschaften haben eine Abstimmungszeitung zur Kündigungsinitiative der SVP veröffentlicht. Sie entlarvt die Initiative als das, was sie ist: ein frontaler Angriff auf die Rechte aller Arbeitnehmenden in der Schweiz. Die Zeitung wird in über zwei Millionen Haushaltungen im Land verteilt. Wer (noch) keine bekommen hat, kann sie hier herunterladen: [rebrand.ly/sgb-zeitung](#). Weitere Fakten zur Kündigungsinitiative gibt es hier: [jobs-and-loehne.ch](#).

Statistiken ist die Schwarzarbeit natürlich nicht enthalten. Sonst wären die Zahlen vor allem für die Zeit vor der Einführung der Personenfreizügigkeit noch höher.

Die Einwanderungszahlen der jüngeren Zeit sind vergleichsweise wenig auffällig. Obwohl der Arbeitsmarkt viel internationaler geworden und die Migration auf der ganzen Welt höher ist als früher. Das zeigt: Die Einwanderung ist vor allem durch die Wirtschaftslage geprägt. Doch dank den

FlaM bekämpft die Schweiz seit der Personenfreizügigkeit erstmals Dumping und Ausbeutung.

#### 5 Verbreitete Schwarzarbeit im früheren Kontingentssystem

Viele Probleme, aber nur wenige schauten hin. So lässt sich ungefähr die Lage im früheren fremdenpolizeilichen Kontingentssystem zusammenfassen. Das von den Befürwortern und Befürwortern der SVP-Kündigungsinitiative verherrlichte Kontingentssystem war in jeder Hinsicht untauglich. Es gab mehr Lohndumping und problematische Arbeitsbedingungen.

Ein enormes Problem war die Schwarzarbeit. Wer Arbeitskräfte aus dem Ausland einstellen wollte, brauchte offiziell eine Bewilligung. Dabei hätten die Behörden auch die Löhne und die Arbeitsbedingungen kontrollieren müssen. Doch das wurde von den Firmen häufig umgangen. Teilweise, weil keine Ausländerbewilligungen mehr frei waren. Teilweise, weil den Chefs der Gang zu den Behörden nicht passte. Neben der Landwirtschaft gab es vor allem auch im Bau- und Ausbaugewerbe sowie im Gastgewerbe viel Schwarzarbeit.

Die Behörden haben weitgehend wegschaut. Zeitzeugen schildern, dass sich die schwarz angestellten landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter am Sonntag in den Dörfern teilweise in

Anwesenheit der Dorfpolizei im Restaurant trafen. Gemäss Gewerkschaftsberichten betrogen die Strafen oft nur 100, manchmal sogar nur 10 Franken. Zur Schwarzarbeit gibt es natürlich keine öffentlichen Statistiken. Weil die illegal Angestellten nicht gemeldet oder registriert sind. Doch man kann sie indirekt aus Angaben über die Produktion und die legal Angestellten schätzen. Dabei zeigt sich, dass die Schwarzarbeit mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der FlaM ab 2004 deutlich zurückgegangen ist. Weil die Betriebe nun kontrolliert werden. Aber auch, weil es keine unnötigen bürokratischen Bewilligungsverfahren mehr gibt.

#### 6 Kontingentssystem hinterlässt in der IV und der ALV bis heute unerwünschte Spuren

Das frühere Saisonierstatut verschwindet nach und nach aus dem öffentlichen Gedächtnis. Dabei sind seine Spuren immer noch erkennbar – wenn auch etwas verdeckt. Denn viele der früheren Saisoniers sind heute in der IV, langzeitarbeitslos oder in der Sozialhilfe. Weil sie früher zu prekären Anstellungsbedingungen arbeiten mussten. Weil die damaligen Arbeitgeber die Ausbildung und auch den Erwerb einer Landessprache sträflich

vernachlässigt hatten. Sie seien ja nur kurz da – und wurden dann trotzdem mehrere Saisons beschäftigt. Schliesslich waren die Saisoniers von ihren Familien getrennt, was ihnen psychisch zu schaffen machte und für die Integration nicht förderlich war.

Verschiedene Studien und Erfahrungen zeigen, dass diese Faktoren – zusammen mit den Risiken körperlicher Arbeit – die Gesundheits- und Arbeitslosigkeitsrisiken markant erhöhen. So sind «Migranten ohne Ausbildung und Sprachkenntnis besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Hochrisikogruppe bezüglich Invaldisierung», wie es eine Studie für das Bundesamt für Sozialversicherungen formuliert.

Das neue Migrationsregime der Personenfreizügigkeit mit flankierenden Massnahmen ist diesbezüglich wesentlich besser aufgestellt. Die Aufenthaltsrechte sind familienfreundlicher und stabiler.

Mit den Lohnkontrollen wird Dumping und Schwarzarbeit aktiv bekämpft. «Billigarbeitskräfte» gibt es nicht mehr wie früher.

Migrationspolitische Hardliner sagen, dass man Migrantinnen und Migranten von den Sozialwerken ausschliessen müsse. Rein rechtlich ist aber klar: Wer Beiträge zahlt, muss auch Leistungen erhalten. Wer gar so weit geht und fordert, dass die ausländischen Arbeitskräfte keine Bei-

träge zahlen sollten, schießt sich ins eigene Bein. Denn das wäre nicht nur unsozial, sondern auch Dumping gegenüber den Inländerinnen und Inländern. Doch der entscheidende Punkt ist ein anderer: Unmenschliche Systeme funktionieren nicht. Weil die Menschen soziale Wesen sind. Sie knüpfen Kontakte und Freundschaften – unabhängig von ihrer Herkunft.

#### 7 Bessere Beschäftigungs- und Lohnsituation als im kanadischen Punktesystem

Gegnerinnen und Gegner der Personenfreizügigkeit mit den FlaM verweisen immer wieder auf Kanada. Das dortige Punktesystem sei überlegen. Die Realität zeigt ein anderes Bild. Die Erwerbsbeteiligung und die Lohnsituation der unter der Personenfreizügigkeit in die Schweiz eingewanderten Personen ist insgesamt besser. Ausführliches dazu auf Seite 15 im «1x1 der Wirtschaft.»

\*\*Viele Saisoniers mussten zu dritt oder zu viert in Barackenzimmern hausen. Sie konnten die Stelle nicht wechseln. Der Familiennachzug war zuerst verboten und ab 1965 nur unter schikanösen Bedingungen erlaubt. Die work-Broschüre zu diesem Schweizer Schandfleck gibt es hier: [rebrand.ly/work-lesehft](#).

\* Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Er hat die Personenfreizügigkeit mit der EU und die dazugehörigen flankierenden Massnahmen eingehend untersucht. work gründete eine aus Platzgründen stark gekürzte Fassung seiner Analyse, die es in voller Länge und mit allen Quellenangaben hier gibt: [www.rebrand.ly/ptz-analyse](#).

## Tessin: Baumeister dreht durch Unia-Mann attackiert

Polizei ermittelt nach irrem Angriff auf Unia-Sekretär. Der Täter ist Mitglied des Tessiner Baumeisterverbands.

JONAS KOMPOSCH

Die Hundstage waren zwar schon vorbei. Doch im Tessin kletterte das Quecksilber am 26. August erneut auf über 30 Grad. Die Hitze stieg einem Baumeister im Mag-



GEWERKSCHAFTSARBEIT: Unia-Sekretär auf einer Baustelle.

gial offenbar in den Kopf. Zumal neben seinem Wohnhaus eine «seiner» Baustellen lärmt. Und als er dort auch noch einen Unia-Sekretär im Gespräch mit seinen Arbeitern entdeckte, kochte der Meister endgültig

## «Diese Attacke auf die Gewerkschaftsfreiheit werden wir nicht hinnehmen.»

GIANGIORGIO GARGANTINI,  
UNIA TESSIN

über. Dazu Regionalsekretär Giangiorgio Gargantini: «Er stürmte aus seinem Haus und deckte meinen Kollegen sofort mit wüsten Flüchen ein. Dann spritzte er mit verdrecktem Wasser herum und warf Steine auf unseren Mitarbeiter.» Videomaterial und Fotos, die work vorliegen, belegen die Aggression.

Der Angegriffene musste in die Notfalleinweisung des Spitals in Locarno, konnte aber mit leichten Schürfwunden entlassen werden. Als die Polizei am Tatort eintraf, hatte der Krawallchef bereits das Weite gesucht. Die Unia erstattete Strafanzeige bei der Tessiner Staatsanwaltschaft, wie Gargantini bestätigt. Denn: «Diese grundlose Gewalt und Attacke auf die Gewerkschaftsfreiheit werden wir nicht hinnehmen.»

### FAULE AUSREDEN

Besonders pikant ist der Fall, weil der Aggressor Mitglied des Tessiner Baumeisterverbands ist. Und weil dieser es zunächst nicht für nötig hielt, die Gewalt seines Mitglieds zu verurteilen. Erst nach einer vollen Woche, einer parlamentarischen Interpellation zweier Linksparteien sowie nach einem halben Dutzend Solidaritätsbotschaften und Medienberichten meldete sich der Baumeisterverband doch noch zu Wort.

Aber nur lauwarm: Gewalt sei zwar «nie eine Lösung», gesteht der Verband, dessen Vizedirektor der FDP-Nationalrat Alex Farinelli (38) ist. Doch nur, um sogleich ein langes Schimpfloszulassen gegen «Polemiken, die niemandem etwas bringen» und gegen die angebliche «Instrumentalisierung» des Vorfalls. Ausserdem könne man sowieso nicht «zwischen Guten und Bösen» unterscheiden, sondern bloss – und das gelte auch für Gewerkschafter – zwischen «denen, die sich an die Regeln halten, und denen, die sich nicht daran halten».

Heisse Luft bläst also immer noch durchs Tessin.

## 50 Jahre Ecap: Besuch im Erwachsenenbildungsinstitut

# Fremd nur in der Fremde



SPITZENKLASSE: Sie kommen aus China, Vietnam und England, aus Iran, Kolumbien und aus der Romandie und drücken in Zürich an der Ecap die Schulbank, um ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. FOTO: NICO ZONVI

## Fremdenhass und die Schwarzenbach-Initiative prägten die Schweiz in den 1970er Jahren. Deshalb gründeten Migrantinnen und Migranten aus Italien die Erwachsenen-Sprachschule Ecap.

MICHAEL STÖTZEL

Anh Ngo stammt aus Südvietnam. Sie arbeitete viele Jahre in der Hotellerie. Seit einem Monat besucht sie im Erwachsenenbildungsinstitut Ecap einen Intensivsprachkurs für Fortgeschrittene: viermal wöchentlich dreieinhalb Stunden, zusätzlich Hausaufgaben. Wie ihre vier Kolleginnen und

### «Alle Migrantinnen und Migranten sollen das lernen können, was sie benötigen...»

drei Kollegen ist sie zurzeit auf Stellensuche. Ihr RAV-Berater hat sie in den Kurs geschickt, damit sie ein Sprachzertifikat erwerbe, das ihr bei der Su-

che nach einer neuen Stelle helfen solle. Der herzliche, bunte Haufen ist aus China, Vietnam und England, aus Iran und Kolumbien nach Zürich gekommen, eine Teilnehmerin ist aus der Romandie. Thema ihrer heutigen Stunde: Präpositionen, die den Dativ oder den Akkusativ nach sich ziehen. Faruk (54) ist jetzt seit sieben Monaten arbeitslos. Der gebürtiger Iraner ist Informatiker und seit 26 Jahren in der Schweiz. Er formuliert ein Beispiel zu «staunen über»: «Ich habe über die Pünktlichkeit in der Schweiz gestaunt.» Niemand lacht. So weit sind die jungen Frauen und Männer also schon hier angekommen.

### SCHWARZENBACH ZUM TROTZ

Alle können auf gutem Niveau auch über abstrakte Themen sprechen. Beim zweiten Thema an diesem Nachmittag geht es um «Fremdheit». Die Gruppe redet über einen Ausspruch des bayrischen Kabarettisten und Sprachakrobaten Karl Valentin: «Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.» Wer sich über diesen schwierigen Satz unterhalten kann, wird auch beim Bäcker Mütschli kaufen oder in der Beiz ein Bier bestellen können. Frau Ngo ist die einzige in der Gruppe, die Ecap schon vor dem jetzi-

gen Kurs kannte. Nach ihrer Ankunft in der Schweiz hatte sie dort einen Deutschkurs angefangen. Den sie allerdings bald wieder abbrach, erzählt sie, weil sie neben ihrer Arbeit nicht mehr die Zeit und die Kraft für den Kurs gefunden habe. Zur Ecap sei sie damals

### ... um ein einigermaßen anständiges Leben in der Schweiz zu führen»

GUGLIELMO BOZZOLINI,  
GESCHAFTSLEITER ECAP

gegangen, weil dort der Kurs am wenigsten gekostet habe. Der politische Hintergrund der Organisation war ihr nicht bekannt.

Linke Italienerinnen und Italiener hatten 1970 die Sprachschule Ecap gegründet. Sie wollten nachfolgenden Landsleuten mit Grundkenntnissen in Deutsch, aber auch im Berufsleben helfen. Die Neuen sollten sich besser in der Schweiz zurechtfinden. Gerade auch, weil ihnen in jenen Jahren massive Fremdenfeindlichkeit entgegen schlug. Die Schwarzenbach-Initiative verlangte damals, 350'000 Menschen zurückzuschicken, die überwiegend aus Italien gekommen waren. Tausenden drohte die erzwungene Rückkehr

nach Italien. Deshalb unterstützte der italienische Gewerkschaftsbund CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) Ecap finanziell. Erwachsene erhielten so die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres den Schulabschluss nachzuholen.

### WELTOFFEN

Mitte der 1980er Jahre gewann die zur Stiftung umgewandelte Ecap neue Kooperationspartner: zunächst den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, dann Gewerkschaften aus Spanien und Portugal. Die Bindung an Italien und die italienische Gemeinde in der Schweiz verloren an Bedeutung, dafür öffnete sich das Institut für Migrantinnen und Migranten aus aller Welt.

Damit einher ging die zunehmende Professionalisierung der Kursleiterinnen und Kursleiter. Heute ist weniger politisches Engagement gefragt, dafür müssen sie eine Ausbildung in Erwachsenenbildung vorweisen. Für Geschäftsleiter Guglielmo Bozzolini ist eins aber unverändert gültig: «Alle Einwanderinnen und Einwanderer sollen die Möglichkeit erhalten, hier zu lernen, was sie benötigen, um ein einigermaßen anständiges Leben in der Schweiz führen zu können.»

## Ecap-Kurse: Am Anfang waren die Italiener

Vor 50 Jahren gründeten linke italienische Migrantinnen und Migranten mit Unterstützung ihres heimischen Gewerkschaftsbundes CGIL in Zürich den Erwachsenenbildungsverein «Ente confederale per addestramento professionale», kurz Ecap.

**KEINE DUMPINGLÖHNE.** Mitte der 1980er Jahre wurde der Verein zur Schweizer Stiftung – und musste sich von seinem Namen trennen, um nicht mit einer eigenössischen Einrichtung (confederale) verwechselt zu werden. Seitdem ist das Institut nur noch unter der Abkürzung Ecap bekannt.

Sein Ziel: nachholende schulische Bildung, Sprachkennt-



DEUTSCH BÜFFELN: Ecap-Kurs in den 1980er Jahren. FOTO: ECAP

nisse, berufliche Aus- und Weiterbildung für die zumeist aus dem italienischen Süden stammen-

den Arbeiter. 1984 öffnete sich Ecap auch für Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern.

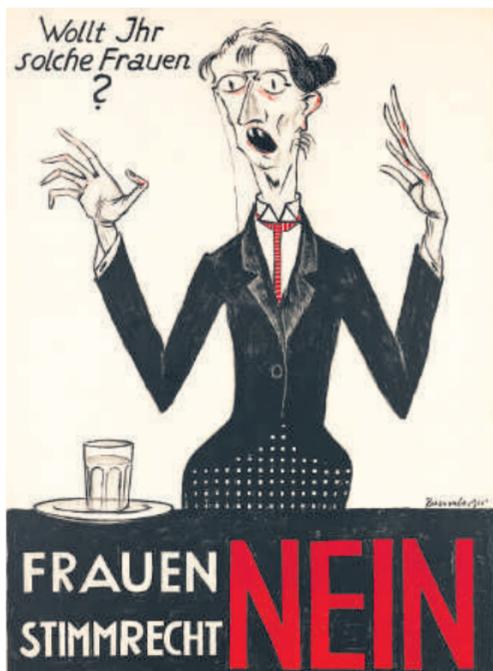
Mit mittlerweile neun Regionalstellen entwickelte sich Ecap zum zweitgrössten Erwachsenenbildungsinstitut und zum grössten Anbieter von Deutsch- und Integrationskursen. Seit 2016 profitieren die heute 960 Beschäftigten von einem Gesamtarbeitsvertrag mit der Unia und dem VPOD. Damit sind sie vor den in privaten Weiterbildungsinstituten verbreiteten Dumpinglöhnen geschützt.

Im letzten Jahr besuchten knapp 50'000 Migrantinnen und Migranten Ecap-Kurse, knapp die Hälfte von ihnen lernten Deutsch beziehungsweise Französisch. (ms)

Informationen zu Kursen und Anmeldung: [ecap.ch](http://ecap.ch)

# 50 Jahre Frauenstimmrecht: work-Serie mit Historikerin Dore Heim

## Wollt ihr solche Frauen?



**VOGELSCHEUICHE:** Plakat zur kantonalen Abstimmung über das Frauenstimmrecht in Basel-Stadt, 1920.

FOTO: OTTO BAUMBERGER, PRO LITTERIS, ZÜRICH

Das Plakat von 1920 zeigt eine Vogelscheuche, einen Kinderschreck. Vor der ersten kantonalen Abstimmung in Basel-Stadt werden die Stimmbürger damit vor den Folgen des Frauenstimm- und -wahlrechts gewarnt. Die politische Emanzipation werde aus Frauen «Mannweiber» machen, Hexen, es drohe die totale Entweiblichung.

### ENDLICH!

Nun, am 7. Februar 2021, werden es genau 50 Jahre her sein, seit den Frauen landesweit das Recht zum Abstimmen und Wählen (und das Recht, selber gewählt zu werden) von den Männern zugestanden wurde. Damals, 1971 – da war ich schon 12 Jahre alt und meine resolute Mutter 47. «Endlich», sagte sie, und verbat sich und ihrer Familie das Jubilieren. Für sie war es eine Schande, dass es so lange gedauert hatte. Eine öffentliche Demütigung für alle Frauen.

Schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts forderten Frauengruppen und -organisationen die Männer dazu auf, den

### Frauenrechtlerinnen schlug Hass und Unverständnis entgegen.

Frauen endlich die politischen Rechte zu gewähren. Arbeiterinnenvereine, Sozialistinnen und Kommunistinnen genauso wie bürgerliche Frauenvereine, Katholikinnen und Protestantinnen. Diese «Frauenrechtlerinnen» kamen aus allen Regionen der Schweiz: aus dem Arbeitermilieu, aus Akademikerfamilien.

### HARTNÄCKIGE FRAUEN

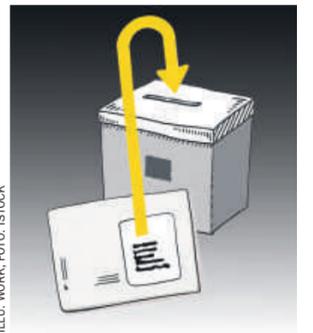
Sie wurden sozial geächtet, gesellschaftlich vernichtet, es schlug ihnen Hass und Unverständnis entgegen. Häufig auch von Frauen. Denn längst nicht alle wollten mündig

sein. Und trotzdem blieben diese Frauen hartnäckig. In immer mehr Kantonen wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht eingeführt. Bis schliesslich am 7. Februar 1971 – bei der zweiten nationalen Abstimmung – der Durchbruch gelang: Zwei Drittel der Männer sagten Ja. Endlich!

work erinnert mit einer Serie von Artikeln an diesen Kampf. Den Anfang macht die Walliserin Katharina Zenhäusern, die 1957 als eine der ersten einen Stimmzettel in die Urne einwarf. Schon 14 Jahre vor der Einführung des nationalen Frauenstimmrechts (siehe Text unten).



Dore Heim (61) ist Historikerin. Die Gewerkschafterin engagiert sich in feministischen Projekten, etwa für die Frauenstreiks von 1991 und 2019.



ILLU: WORK, FOTO: ISTOCK

## Die Briefträgerin & die Briefwahl

Eigentlich interessiert sich die Briefträgerin schon lange nicht mehr für die Ein- und Ausfälle des blondierten Grossmauls in Übersee. Wozu auch? Wer überhaupt mag seinen Fürzen noch



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

lauschen? Sein Postmanöver gab der Briefträgerin dennoch kurz zu denken: Um die Möglichkeiten der brieflichen Wahl zu verkleinern, die ihm im November die Niederlage bringen könnten, drohte er kurzerhand, der Post den Finanzhahn zuzudrehen.

**NIEDLICH.** Im schweizerischen Politsystem kann kein einzelner Mann per Handstreich den Service public zertrümmern.

### «Me weiss ja, wies gmeint isch.»

Zum Glück! Die hiesigen «Probleme» bei der brieflichen Abstimmung nehmen sich im Vergleich niedriglich aus.

Vor Jahren erkundigte sich die Briefträgerin einmal bei einem Vorgesetzten, was eigentlich mit spät eintrudelndem ausgefülltem Stimmmaterial geschehe. Im Prinzip gelten die Regeln des A- und B-Post-Versands, erfuhr sie. Wobei es damals wie heute heisst, dass die Post nach Möglichkeit alle Sendungen, die am Abstimmungssamstag eintreffen – also auch B-Post –, ins Postfach der Gemeinde befördert. Eine kleine Recherche bei der Sortierung im Innendienst bestätigte, dass in dieser Angelegenheit innerhalb der üblichen Abläufe ein Spielraum besteht, den die Sortiererinnen und Sortierer nutzen können.

**SPIELRAUM.** Viele Abstimmende stecken ihren Stimmrechtsausweis verkehrt herum ins Rücksendecouvert und adressieren dieses damit ungewollt an sich selbst. Statt ans Stimmregisterbüro. Früher kam das häufiger vor als heute. Denn diesen Fehler machen die meisten nur einmal. Bisher stellte die Briefträgerin solche Sendungen widerwillig, aber einer einst erhaltenen Weisung folgend, an die Adresse im Sichtfenster zu. Nun berichtete der Kollege vom Innendienst, dass er auch Briefe, in deren Fenster – wie oben beschrieben – die «falsche» Adresse steht, in die Sammelkiste fürs Postfach der Gemeinde wirft. «Me weiss ja, wies gmeint isch.» Stimmt genau! So will's die Briefträgerin von nun auch auch halten.

**Exklusiv:** work sprach mit der Schweizerin, die als erste abstimmen ging

# «Jemand musste ja mal anfangen!»

**1957 geschah im kleinen Oberwalliser Dorf Unterbäch Ungeheuerliches: 14 Jahre vor Einführung des Frauenstimmrechts und trotz Veto des Kantons legte Katharina Zenhäusern als erste Schweizerin einen Stimmzettel in die Urne. Wie sie diesen Tag erlebt hat, erzählte sie work 2011. Drei Jahre später starb sie.**

MATTHIAS PREISSER, PATRICIA D'INCAU

Aus der ganzen Schweiz, aus den USA, sogar aus dem arabischen Raum drängen sich am 3. März 1957 Journalisten ins Abstimmungslokal von Unterbäch. Bis in die «New York Times» schafft es die Oberwalliser Gemeinde mit ihren 420 Einwohnerinnen und Einwohnern. Denn erstmals dürfen hier Schweizer Frauen ihre Stimme abgeben. Zuvorderst: Katharina Zenhäusern. Die Walliserin zu work: «Ich legte als erste mein Couvert in die Urne.»

Das ist kein Zufall. Die Familie Zenhäusern ist eng mit Peter und Iris von Roten befreundet. Er ist Nationalrat. Und sie: wohl die bedeutendste Schweizer Vorkämpferin für Frauenrechte. Und schliesslich ist es auch Katharina Zenhäusers Mann Paul – der christlichsoziale Gemeindepräsident von Unterbäch – der die Frauen an jenem Tag an die Urne ruft. 14 Jahre vor Einführung des Frauenstimmrechts und trotz Veto des Kantons und Widerstand in der Gemeinde.

### AUFRUHR IM DORF

Zur Abstimmung steht die Zivilschutzpflicht für Frauen. Am 6. Februar 1957 protokolliert der Gemeinderat von Unterbäch: «Der Anstand und der gute Ton verlangen es in diesem Falle besonders, dass wir Männer uns nicht als allmächtige Vormünder benehmen.» Will heissen: Wenn den Frauen neue Pflichten aufgebürdet werden, sollen sie wenigstens gefragt werden.

Die Stimmzettel der Frauen werden in einer separaten Urne gesammelt. Falls ihre Stimmen nachträglich für ungültig erklärt würden. 33 der 84

stimmberechtigten Unterbächerinnen trauen sich, ihre Stimmzettel hineinzuwerfen. «Das war nicht so einfach», erinnert sich Zenhäusern. Denn im Dorf wurden Frauen, die abstimmen gingen, von den Gegnern und Gegnerinnen des Frauenstimmrechts beschimpft und diffamiert. Zenhäusern: «Was sie genau sagten, will ich nicht wiederholen.» Und wie befürcht-

### «Wo bleibt die Gleichberechtigung, wenn Frauen immer noch weniger Lohn erhalten?»

KATHARINA ZENHÄUSERN

tet: Der Kanton erklärte die Stimmen der Frauen für ungültig.

Zenhäusern findet, es habe sich trotzdem gelohnt: «Jemand musste ja mal anfangen», sagt sie, und ihre Augen fangen an zu blitzen: «Auch wenn es dann noch 14 Jahre gedauert hat.»

Auch nach der Einführung des Frauenstimmrechts weiss Zenhäusern genau, was sie will und wo noch etwas im Argen liegt. Es macht ihr zwar Freude zu sehen, dass die «Annabelle» vier amtierende Bundesrätinnen auf dem Titel abbilden kann. Gleichzeitig fragt sie aber: «Wo bleibt die Gleichberechtigung, wenn Frauen für die gleiche Arbeit immer noch weniger Lohn bekommen?»

Am 21. Mai 2014 starb Katharina Zenhäusern im Alter von 94 Jahren. Bis zu ihrem Tod hat sie keine einzige Abstimmung verpasst.

Das ganze work-Portrait über Katharina Zenhäusern lesen Sie hier: [rebrand.ly/die-erste](https://rebrand.ly/die-erste)



**KATHARINA ZENHÄUSERN:** Sie war die erste Schweizerin, die einen Stimmzettel in die Urne legte. FOTO: MICHAEL SCHOCH

## Fridays for Future Klimajugend meldet sich zurück

Corona hat die Klimajugend von der Strasse gedrängt. Doch jetzt geht's wieder los! Sogar ein nationaler Klimastreik ist geplant.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Jonas Kampus (18) ist Klimaaktivist der ersten Stunde. Er sagt: «Wir sind enttäuscht vom Parlament. Wir hatten viele Gespräche, doch es kam nichts dabei heraus. Im Gegenteil.» Doch Resignation, sagt Kampus, sei ein Luxus, den sie sich nicht leisten könnten. Deshalb soll's am 4. September nach der langen Corona-Pause wieder losgehen mit den Freitag-Demos fürs

«Resignation können wir uns nicht leisten.»

KLIMAAKTIVIST  
JONAS KAMPUS

Kampus: «Die Klimabewegung ist nicht dort, wo sie sein sollte.» Deshalb sei es nur logisch, jetzt einen Schritt weiterzugehen. So plant die Bewegung zusammen mit «Extinction Rebellion» in der Woche vom 19. bis zum 25. September «Aktionen des zivilen Ungehorsams».

### KLIMASCHUTZ TROTZ CORONA

Für Kampus ist klar: «Corona brachte für viele Menschen grosses Elend.» Denn nebst den gesundheitlichen Risiken treibe die Coronakrise viele Menschen in die Arbeitslosigkeit und in prekäre Lebenssituationen. Im Krisenaktionsplan der Klimajugend sind denn auch verschiedene Ansätze festgehalten, wie der ökologische Wandel sozialverträglich zu gestalten sei (nachzulesen hier: [climateactionplan.ch](http://climateactionplan.ch)).

Und: Für den Frühling 2021 ist ein nationaler Klimastreik geplant, nachdem der für vergangenen Mai geplante «Strike for Future» wegen Corona ins Wasser gefallen ist. Für diesen Klimastreik will die Klimajugend auch die erwerbstätige Bevölkerung ins Boot holen. Ob Bauarbeiter, Pflegerin oder Betreuer, von der Klimakrise sind alle betroffen.

## Historischer Schulterschluss: Eltern-Support für Kinderbetreuende

# Aufstand der Kita-Eltern

Wegen Lohnkürzungen rumort es bei den Pop-e-Poppa-Kitas schon länger. Jetzt steigen erstmals auch Eltern auf die Barrikaden. Und rütteln die ganze Branche durch.

JONAS KOMPOSCH

Pop e Poppa ist die zweitgrösste Kita-Kette der Schweiz und bietet gemäss eigenen Angaben «fortschrittliche Arbeitsbedingungen». Das sehen viele Mitarbeitende ganz anders: Work-Life-Balance? «Null!» Vorgesetztenverhalten? «Unverschämt!» Arbeitsbedingungen? «Katastrophal!» So und noch schlimmer lauten die meisten Mitarbeitenden-Kommentare zum Krippenkonzern auf der Firmenbewertungsplattform Kununu.com. Das Missbehagen kommt nicht von ungefähr. Mittels Änderungskündigungen senkte Pop e Poppa seinen knapp 1000 Betreuerinnen und Betreuer die Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden – und damit den Lohn um rund

«Mehr Personal, bessere Löhne und eine kostenlose, öffentliche Kinderbetreuung für alle!»

FORDERUNGEN ELTERNKOMITEE

200 Franken (work berichtete). Kein Pappentstiel bei den eh schon tiefen Branchenlöhnen, die im Schnitt 4500 Franken betragen. Gleichzeitig wurden weder die Kita-Öffnungszeiten kürzer noch der Arbeitsaufwand kleiner.

### PROTEST-ZMORGE

Wozu das führt, ist für die Zürcher Betreuerin Elena Frei\* (28) klar: «Längere unbezahlte Pausen und noch mehr Stress.» Darunter litten aber nicht nur die Mitarbeitenden, sondern auch die Kinder. Frei wollte das nicht



DA HAUT ES EINEM DEN NUGGI USE! Kinderbetreuerinnen haben einen verantwortungsvollen Job. Kitas sind aber notorisch unterbesetzt, und die Löhne sind viel zu tief (Symbolbild). FOTO: KEYSTONE

mitmachen und ging. Damit ist sie nicht allein. In Ostermündigen BE warf eine ganze Belegschaft das Handtuch. In Zürich Altstetten veranstalteten Eltern ein «Protest-Zmorge». Und jetzt schlägt auch noch ein nationales Elternkomitee Alarm. Ein Novum in der Schweiz.

### GRATIS KITAS, HER DAMIT!

Schon rund 80 engagierte Mütter und Väter machen im Komitee mit. Einer von ihnen ist der Berner Elias Zimmermann. In einem YouTube-Video erklärt er seinen Frust: Trotz Lockdown-Ende habe Pop e Poppa die Kurzarbeit zuerst nicht aufgehoben. «Das muss man sich mal vorstellen!» empört sich Zimmermann. Denn: «Das Personal, das wegen Abgängen eh schon unterbesetzt war, musste bei 20 Prozent weniger Arbeitszeit und Lohn den Betrieb mit voller Kinderzahl weiterfüh-

ren.» Zudem seien parallel zu den Lohnkürzungen die Tarife massiv erhöht worden. So könne es nicht weitergehen.

In einer Petition stellt das Komitee daher Forderungen. Und zwar gleich für die gesamte Branche: mehr Personal, bessere Löhne und eine kostenlose und öffentliche Kinderbetreuung für alle! Genau dies verlangt auch ein Vorstoss von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Grüne). Druck machen zudem die Betreuerinnen und Betreuer selbst. Mit ihrer gewerkschaftlichen Gruppe «Trotzphase» mobilisieren sie auf den 26. September zu einer grossen Kita-Demo in Zürich. Dazu das Elternkomitee: «Wir werden euch nicht im Stich lassen, sondern mit euch auf die Strasse gehen!»

Elternaufruf: [rebrand.ly/kita-eltern](http://rebrand.ly/kita-eltern)  
Infos zur Demo vom 26. September: [rebrand.ly/trotzphase-demo](http://rebrand.ly/trotzphase-demo)

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# UV-Umlüfter: Braucht es sie jetzt als Coronavirentöter?

Der Winter kommt so sicher wie das Amen in der Kirche. Wir werden uns immer öfter in geschlossenen Räumen aufhalten. Je schlechter diese gelüftet werden, desto mehr Coronaviren schweben in Aerosol-Wolken durch den Raum. Schaffen Umlüfter mit UV-Bestrahlung Abhilfe?

Soll man mit Zuluft oder mit Umlüfter heizen und kühlen? Der deutsche Billigfleisch-Milliardär Clemens Tönnies kühlte seine Schlachthöfe vorab mit Umlüfter. Die Lüftungsanlagen kühlten die vorhandene Raumluft und verteilten diese im ganzen Raum. Samt Bakterien und Coronaviren. Eine Schweinerei!

Technisch kann man das Problem längst anders lösen.

**TÖNNIES-LÖSUNG 1:** Man arbeitet mit weitgehend unbelasteter Zuluft. Wenn die Abluft kälter ist als die Zuluft, entzieht man dieser Abluft sinnvollerweise mittels Plattenwärmetauscher Kälte. Im zweiten Schritt kann man diese im Sommer vorgekühlte Luft mit eiskaltem Frostschutz-Wasser weiter auf jene Temperatur abkühlen, die man zum Schlachten braucht. Funktioniert auch, wenn man Räume heizen will und muss. Nur umgekehrt.

**TÖNNIES-LÖSUNG 2:** Viren und Bakterien lassen das UV-Licht wie die Pest. Umgekehrt ist UV-Strahlung eine Gefahr für unsere Augen und unsere

Haut. Die Lösung: Man bestrahlt die Luft abgekapselt im Umlüfter und zerstört so Viren und Bakterien, ohne die im Raum anwesenden Menschen zu gefährden.

Der Herbst steht vor der Haustür. Und der Winter kommt so sicher wie das Amen in der Kirche. Wir werden uns immer öfter in geschlossenen Räumen aufhalten. Je schlechter diese gelüftet werden, desto mehr Coronaviren schweben in Aerosol-Wolken unkontrolliert durch den Raum.

Den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft misst man mit ppm. 400 ppm hat die Aussenluft. 800 ppm ist der Richtwert, den man anstreben und erfüllen sollte. In der allermeisten Schweizer Schulzimmern erreicht man Werte von 1200 ppm und mehr.

Was tun?  
**ERSTENS MESSEN:** CO<sub>2</sub>-Messgeräte wurden in den letzten Jahren immer günstiger. In jedem Schulzimmer, in jedem Büro und in jedem Laden müssten die Betroffenen dank festinstallierten Messgeräten die Luftqualität überprüfen können. Und



VIRENWOLKE: Die CO<sub>2</sub>-Konzentration sollte in geschlossenen Räumen nicht höher als 800 ppm sein. Häufiges Lüften hilft, auch gegen Corona. FOTO: ZVG

Alarm schlagen, wenn die ppm-Werte zu hoch sind.

**ZWEITENS LÜFTEN:** Experten gehen davon aus, dass man in nicht kontrolliert belüfteten Schweizer Schulzimmern nach 30 Minuten Unterricht diese während mindestens 15 Minuten gut durchlüften muss. Wenn man in allen Schulzimmern der Schweiz CO<sub>2</sub>-Messgeräte aufhängt, wissen wir in Realzeit, ob die Experten recht haben. Anstatt der

Schulglocke bimmelt der CO<sub>2</sub>-Melder.

**DRITTENS TECHNIK:** Auf dem Markt gibt es Umlüfter, die mit UV-Strahlen bis zu 99,9 Prozent der Viren und Bakterien abtöten. Welche Geräte sind gut und leise zugleich? Welche Geräte eignen sich für Schulzimmer? Das Gesundheitsdepartement und Kantonsärzte hätten diese längst testen können. Sie müssen dies so schnell wie möglich nachholen.

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/aerosoluebertragung](http://rebrand.ly/aerosoluebertragung)  
Es lohnt sich, diesen ausgezeichneten Artikel zu lesen. Und sich die Videos anzuschauen. Samt einem informativen «Kassensturz»-Beitrag.

● [rebrand.ly/luftreiniger](http://rebrand.ly/luftreiniger)  
Es gibt verschiedene Hersteller, die UV-C-Luftreiniger zu moderaten Preisen anbieten. Hoffentlich sind die Lager voll. Denn sonst kommt es nächstens zu Hamsterkäufen wie beim WC-Papier oder den Schutzmasken. Die bange Frage: Wird die Zürcher SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli – wenn Not an der Frau ist – auch gleich erfolgreich in die Produktion von Luftreinigern einsteigen?

● [rebrand.ly/virenwolken](http://rebrand.ly/virenwolken)  
In diesem Artikel über Aerosole berichtet das deutschen Gesundheitsmagazin «Apotheken Umschau» hochinformativ darüber, was man gegen Virenwolken machen kann.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

# Neue Ausstellung: 50 Jahre Frauenfussball-Verein «Meitli tschutted nid!»

**Noch vor 50 Jahren war Frauenfussball in der Schweiz verboten. Der Sport sei zu roh für Frauen. Jetzt erzählt das Museum des FC Zürich die Geschichte von Damenfussball bis Frauenstreik.**

CHRISTIAN EGG

Helen Barmettler hat's in den 1960er Jahren x-mal gehört: «Meitli tschutted nid!» Das sagt die Nidwaldnerin im Videoportrait. «Da dachte ich immer: Wieso eigentlich nicht?» Und spielte trotzdem.

Zuerst nur an Grümpelturnieren. Denn der Schweizer Fussballverband verbot den Sport für Frauen. Offiziell aus medizinischen Gründen: Fussball sei zu roh und physisch nicht zumutbar für Frauen. Erst 1968 liess der Verband den ersten Frauenfussballverein zu. 1970, vor fünfzig Jahren, wurde die Schweizerische Damenfussball-Liga ins Leben gerufen.

Dieser Geschichte widmet jetzt das Museum des FC Zürich eine Ausstellung. Sie zeigt den zähen Kampf der Sportlerinnen für mehr Anerkennung. Und wie die Männer meinten, es besser zu wissen. Etwa an der ersten Sitzung für die Frauenliga. Ein Teilnehmer erinnert sich: «Einer war dann der Meinung, man müsste die Frauen besser schützen, wir müssten jemanden finden, der einen Metall-BH konstruiert. Wir diskutierten das dann ernsthaft, und es gab sogar eine Abstimmung.» Die Idee wurde verworfen.

## EINFACH FUSSBALL SPIELEN

Es ist kein Zufall, dass der (organisierte) Frauenfussball in der Schweiz fast gleich alt ist wie das Frauenstimmrecht. Die 68er Bewegung machte vieles möglich. Die Ausstellung zeigt aber auch: Die meisten Frauschaften entstanden auf dem Land und in konservativen Regionen: in Nidwalden, im Wallis, im Aargau. Aus vielen Videoportraits wird auch klar: Die Frauen verstanden sich nicht als Revoluzzerinnen. Sie wollten einfach Fussball spielen.



**DIE NATI:** Das Frauschaftsfoto vom November 1970. FOTO: KEYSTONE / WWW.SEIT1968.CH



Allen Widerständen zum Trotz. Fussballerin Helen Barmettler: «1975, als wir mit Alpnach Schweizer Meister wurden, da waren die Männer im Verein neidisch. Im Herbst haben sie uns das Warmwasser abgestellt, wir mussten kalt duschen.»

## LOHN: NULL FRANKEN

Ein anderer Teil der Ausstellung ist der Gegenwart gewidmet. Hier wird deutlich: Noch heute herrscht im

Fussball Diskriminierung statt Fair Play. Während selbst ein durchschnittlicher Spieler in der höchsten Schweizer Liga eine sechsstelligen Summe kassiert, beträgt der Lohn der meisten Spitzenspielerinnen: null Franken. Nur gerade die Spesen werden bezahlt. Vom Fussball leben kann auch 2020 noch keine Frau in der Schweiz.

Doch anders als vor 50 Jahren engagieren sich heute Spielerinnen

**«Als wir Schweizer Meister wurden, stellten die Männer uns das warme Wasser ab.»**

FUSSBALLERIN HELEN BARMETTLER

auch politisch. Etwa Sarah Akanji, Captain des FC Winterthur und Zürcher SP-Kantonsrätin. Mit einer Onlinepetition forderte sie 2019 das Schweizer Fernsehen auf, alle Spiele

der Frauen-WM zu zeigen. Und als Fans des FC Schaffhausen mit einem Transparent zu Gewalt gegen Frauen aufriefen, wehrte sich Akanji öffentlich und forderte eine Entschuldigung.

## AUF ZUM STREIK!

Die Ausstellung zeigt auch Fotos der Frauschaft des Zürcher FC Wiedikon. Am Frauenstreik vom 14. Juni 2019 demonstrierte sie im Fussballdress und mit pinken Bällen. In der Zeitung zur Ausstellung schreibt Wiedikon-Spielerin Meret Böhni über Männer- und Frauenfussball: «11 Spieler\*innen, gleich grosses Feld, 90 Minuten, Freude, Tränen. Bei den Männern gibt es einfach ein paar Milliarden mehr.»

Ausstellung: **Eine eigene Liga.** FCZ-Museum, Zürich, geöffnet Mittwochnachmittag und Samstag 10 bis 17 Uhr, bis am 31. Dezember 2020. [seit1968.ch](http://seit1968.ch)

## Indien-Comic Die Banditenkönigin

Wer kennt sie nicht, die Legenden um Robin Hood. Aber haben Sie schon von Phoolan Devi gehört? Falls nicht, sollten Sie das schleunigst ändern. Denn die 2001 ermordete indische Politikerin und Ex-Räuberin wird in ihrer Heimat millionenfach als Heldin verehrt. Und dies mit Grund: Als Bauerntochter der niedrigsten Kaste wird Devi schon mit elf Jahren zwangsverheiratet, vergewaltigt und versklavt. Doch das Mädchen beugt sich ihren Tyrannen nicht, sondern flieht und rebelliert. Gegen die Ausbeutung der Armen. Gegen die Unterdrückung der Frauen. Und gegen die Polizei, die nur die Reichen schützt. Als Paria verstossen, wird sie zur sozialen Banditin und landesweit bekannten Rächerin der Gepeinigten. Jetzt ist Phoolan Devis unfassbare Biographie endlich als Comic erschienen. Intelligent. Berührend. Fesselnd. Ein unbedingter Kauf Tipp!

Claire Fauvel: **Phoolan Devi. Königin der Banditen.** Bahoe Books, 226 kolorierte Seiten, CHF 34.–.

## Kaffee-Doku Guatemalas Kooperativen

Der Kapitalismus produziert weltweit immer mehr Verlierende. Da erhält eine alte Idee neue Kraft: die Genossenschaft. In Guatemala, einem Land mit grausamer Geschichte und einer skrupellosen Oligarchie, trotzen indigene Kaffee-Kleinbauernfamilien schwierigsten Umständen. Mit beachtlichem Erfolg: Ihre 24000 Mitglieder starke Genossenschaft Fedecocagua mauserte sich innert 30 Jahren zu einer der wichtigsten Kaffee-Exporteurgesellschaften des Landes. Und noch etwas ist speziell: Zum Direktor wählten die Compañeros den ehemaligen Winterthurer Profifussballer und Gewerkschaftersohn Ueli Gurtner. Nun lüftet ein eindrücklicher Dokumentarfilm das visionäre Erfolgsrezept der Kaffee-Genossenschaft. Noch wenige Tage online!

SRF-DOK: **Ein Duft von Freiheit** von Beat Bieri und Ruedi Leuthold. 50 Minuten, bis am 11. September gratis unter: [rebrand.ly/einduftvonfreiheit](http://rebrand.ly/einduftvonfreiheit)

## workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



## PERSONENFREIZÜGIGKEIT & FLAM: BESSER ALS KANADAS PUNKTE

Die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen (FlaM) ist ganz klar besser als das frühere Kontingentsystem mit dem Saisonierstatut. Die Befürworter der Kündigungsinitiative zeigen aber immer wieder auf Kanada. Das dortige Punktesystem sei überlegen. Die Realität zeigt aber ein anderes Bild. Das Schweizer Modell schneidet punkto Lohn und Erwerbsbeteiligung besser ab.

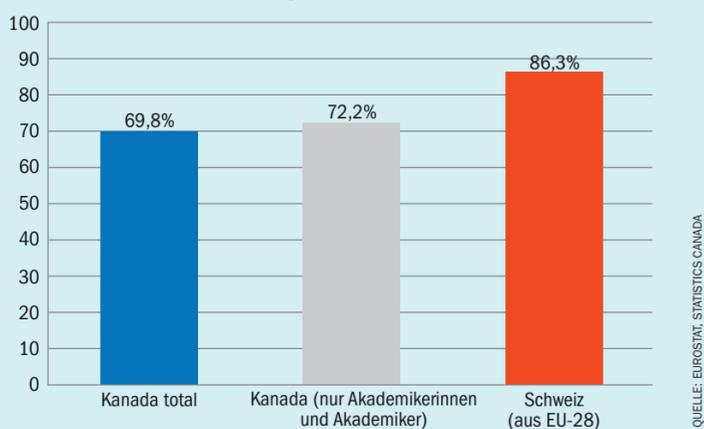
**PUNKTE FÜR JUNGE.** In Kanada vergeben die zuständigen Beamten die Aufenthaltsbewilligungen nach Punkten. Besonders viele Punkte erhalten Leute, die einen Hochschulabschluss haben, sehr gut Französisch oder Englisch sprechen und eher jünger sind. Bei der schweizerischen Personenfreizügigkeit entscheiden hingegen nicht Beamte. Sondern es braucht einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit einer Schweizer Firma oder ein auf andere Art gesichertes Einkommen, um eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Zusätzlich kontrollieren die Lohninspektoren

innen und -inspektoren, ob ein Schweizer Lohn bezahlt wird. Das Schweizer System orientiert sich daher an der Realität auf unserem Arbeitsmarkt und viel weniger an politischen Vorgaben.

**HILFSJOBS FÜR STUDIERTERTE.** Ein grosser Teil der Leute, die nach Kanada einwandern, stammen aus Indien, China oder den Philippinen. 60 Prozent von ihnen haben einen Hochschulabschluss. Doch das garantiert noch keine Stelle – und auch keine Stelle, die zur Ausbildung passt. So gibt es zahlreiche Migrantinnen und Migranten mit Uni-Abschluss, die in Hilfsjobs im Gastgewerbe oder anderen Branchen arbeiten müssen, zu teilweise tiefen Löhnen. Und obwohl eher jüngere Akademikerinnen und Akademiker einwandern, ist die Arbeitslosenrate bei den neu eingewanderten Personen (letzte 5 Jahre) knapp doppelt so hoch wie bei kanadischen Erwerbstätigen. Nur 69,8 Prozent der in den letzten 5 Jahren in Kanada eingewanderten Personen haben eine Stelle. In der Schweiz haben 86,3 Prozent der Einwanderer

### Erwerbstätigenquote von neu Eingewanderten

(in Prozent, in den letzten 5 Jahren eingewandert)



mit EU-Pass eine Stelle. Das sind etwa gleich viel wie bei den Schweizerinnen und Schweizern. Diese Gegenüberstellung zeigt, dass die Personenfreizügigkeit mit ihrer Arbeitsmarktnähe zusammen mit dem Lohnschutz durch die flankierenden Massnahmen zu besse-

ren Beschäftigungsergebnissen führt als das sehr politisch gesteuerte und auf Hochschulabschlüsse ausgerichtete kanadische Punktesystem.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

## Leo Trotzki Montiert und karikiert

Manchmal frisst die Revolution ihre eigenen Kinder. Davon konnte auch der bolschewistische Politiker Leo Trotzki ein Lied singen. Schliesslich war er es, der als Oberbefehlshaber der Roten Armee sowohl den Kronstädter Matrosenaufstand 1921 als auch die freiheitlichen Arbeiter- und Bauernbewegungen in der Ukraine 1922 blutig niederschlagen liess. Wenig später war Trotzki der Gejagte, Erzfeind Stalin der Jäger. Und dessen brutalster Scherge schlug am 21. August 1940 zu – hinterücks mit einem Eispickel. Zum achtzigsten Todestag eröffnete die Israelitische Kultusgemeinde Zürich eine Ausstellung über diese «jüdische Ikone der modernen Geschichte». Sie zeigt anhand manipulierter Fotografien, wie die stalinistische Propaganda den «Verräter» regelrecht aus der Geschichte wegretouchierte. Und wie andererseits die Nazis das Antlitz Trotzki als Prototyp des «jüdischen Weltverschwörers» missbrauchten.

**Trotz! Leo Trotzki und das Bild des Trotzes,** Israelitische Kultusgemeinde Zürich, Lavaterstrasse 33, Zürich. Eintritt frei. [www.izc.org/bibliothek](http://www.izc.org/bibliothek)



**Philip Thomas**  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

**Das offene Ohr**

## Maurer-Lehre: Anrecht auf sechs Wochen Ferien?

Anfang August habe ich eine Lehre als Maurer begonnen. In der Zwischenzeit hat auch die Berufsschule angefangen. Eine Schulkollegin hat mir erzählt, dass sie sechs Wochen Ferien pro Jahr habe. Gemäss meinem Vertrag habe ich nur fünf Wochen Ferien. Meine Kollegin sagt, dass auch ich sechs Wochen Ferien haben müsste. Stimmt das?

**PHILIP THOMAS:** Ja. Gemäss Obligationenrecht haben Arbeitnehmende bis zum vollendeten 20. Altersjahr einen Ferienanspruch auf wenigstens fünf Wochen pro Jahr. Für den Maurerberuf sind aber nicht nur die



**STEIN AUF STEIN:** Wer Maurer lernt, hat Anrecht auf sechs Wochen Ferien.

FOTO: SHUTTERSTOCK

Bestimmungen im Obligationenrecht massgebend. Es gilt zusätzlich der Landesamtelvertrag für das schweizerische Bauhauptgewerbe (LMV). Dieser enthält auch Bestimmungen für die Lehre. Gemäss dem LMV haben Auszubildende einen jährlichen Ferienanspruch von sechs Wochen. Das bedeutet also, dass Ihr Lehrvertrag den Bestimmungen des LMV angepasst werden muss und Sie tatsächlich Anspruch auf sechs Wochen Ferien haben.

## Arbeit auf Abruf: Kann ich den Lohn einfordern?

Seit rund einem Jahr arbeite ich als Nebenwerb einige Stunden auf Abruf. Dieser Betrieb ist von der Coronakrise immer noch stark betroffen. In der letzten Zeit wurde ich nicht mehr zur Arbeit aufgeboten und habe entsprechend auch keinen Lohn mehr erhalten. Darf ich meinen Lohn trotzdem einfordern?

**PHILIP THOMAS:** Wie so oft, kommt es auf die konkreten Umstände an. Bei Arbeit auf Abruf besteht dann kein Anspruch auf Lohn, wenn es so wohl Ihrem Chef freistand, ob er Sie bei Bedarf aufbieten möchte, als auch Ihnen, ob Sie bei jedem Aufgebots frei entscheiden könnten, den Einsatz anzunehmen oder nicht. Wenn Sie hingegen während längerer Zeit ein relativ konstantes Arbeitspensum geleistet haben und Ihnen nun keine Arbeit mehr zugewiesen wird, dann haben Sie Anspruch auf Lohn. Denn Sie dürften darauf vertrauen, dass Sie auch weiterhin im selben Umfang arbeiten können. Wenn Ihre Firma einseitig bestimmen kann, wann Sie arbeiten müssen, haben Sie Anspruch auf den durchschnittlichen Lohn, wenn die Firma Sie abrupt nicht mehr zur Arbeit aufbietet. Sollte es zur Kündigung kommen, haben Sie während der Kündigungsfrist Anspruch auf den durchschnittlichen bisherigen Lohn. Bei Schwankungen werden dazu in der Regel die letzten zwölf Monate angeschaut. Das Geschäft schuldet Ihnen selbst dann einen Lohn, wenn Sie freigestellt sind und ab sofort keine Arbeitseinsätze mehr verrichten.

So funktioniert die Sozialhilfe

# Ein Rettungsanker in der Geldnot

Sozialhilfe beantragen? Ich doch nicht! Viele von Armut und Not bedrohte Menschen scheuen den Gang aufs Sozialamt. Doch wer bedürftig ist, hat in der Schweiz Recht auf Sozialhilfe – und soll dieses Recht auch nutzen.

MARTIN JAKOB

Sie sind von der Arbeitslosenkasse ausgesteuert worden: Einkommen null Franken. Oder Sie sind alleinerziehend und reiben sich zwischen schlechtbezahltem Teilzeitjob, Kinderbetreuung und Haushaltsführung auf. Schon Mitte Monat ist Ebbe in der Kasse. So wie Ihnen ergeht es auch anderen Menschen in der reichen Schweiz. Rund 275 000 Menschen beziehen derzeit wirtschaftliche Sozialhilfe. Die häufigsten Gründe sind lange Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und finanzielle Probleme nach der Scheidung.

## DIE VORAUSSETZUNGEN

Sozialhilfe erhält grundsätzlich, wer bedürftig ist – das sind im Wortlaut des Gesetzes Menschen, die für ihren Lebensunterhalt nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig aus eigenen Mitteln aufkommen können.

Um den eigenen Anspruch auf Sozialhilfe zu berechnen, müssen Sie die Wohnkosten, die medizinische Grundversorgung, den Grundbedarf und die situationsbedingten Leistungen für Ihren Haushalt zusammenzählen (siehe

## Sozialhilfe gibt es erst, wenn das Gesparte so gut wie aufgebraucht ist.

unten). Liegt Ihr aktuelles Nettoeinkommen unter der errechneten Summe, sollten Sie Ihren Anspruch geltend machen. Allerdings: Bevor Sie Unterstützung von der Sozialhilfe erhalten, müssen Sie zunächst Ihr Vermögen bis auf einen kleinen Rest aufbrauchen. Der Freibetrag liegt für einen Einpersonenhaushalt je nach Kanton zwischen 1500 und 4000 Franken, für Mehrpersonen-

haushalte etwas höher. Zum Vermögen zählen neben Sparguthaben auch Wohneigentum, Wertsachen und das Auto – das dürfen Sie allenfalls behalten, wenn Sie es für den Arbeitsweg oder aus gesundheitlichen Gründen zwingend benötigen.

## SO WIRD GERECHNET

**Wohnkosten:** Bezahlt wird die Miete einschliesslich vertraglich vereinbarter Nebenkosten. Die Mietkosten müssen aber «angemessen» und «ortsüblich» sein. Sonst kann das Sozialamt den Umzug in eine günstigere Wohnung verlangen oder die Differenz zu einem ortsüblichen Zins von der Grundbedarfszahlung in Abzug bringen. Das Amt muss aber in jedem Fall die individuelle Situation prüfen und darauf Rücksicht nehmen.

**Medizinische Grundversorgung:** Die Sozialhilfe übernimmt die Krankenkassenprämie der Grundversicherung sowie die Franchise und die Selbstbehalte.

**Grundbedarf:** Mit dem Grundbedarf müssen alle übrigen Kosten des Haushalts gedeckt werden. Also Nahrung, Getränke, Kleidung, Reinigung, Körperpflege, Gesundheitspflege, Verkehrsauslagen, Kommunikation und Medien, Ausgang und Hobbies. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) empfiehlt als Grundbetrag für einen Einpersonenhaushalt 997 Franken, für zwei Personen 1525 Franken, für drei Personen 1854 Franken und für vier Personen 2134 Franken. Die Mehrheit der Kantone hält sich weitgehend an diese Empfehlungen.

**Situationsbedingte Leistungen:** Zusätzlich zum Grundbedarf über-



## WORKTIPP

### KANTÖNLIGEIST

26 Kantone – 26 Sozialhilfegesetze. Einen schnellen Zugriff auf alle diese Gesetze erhalten Sie über die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos): [rebrand.ly/gesetzessammlung](http://rebrand.ly/gesetzessammlung) Die Skos liefert auch eine Übersicht über die Sozialämter und die Beratungsstellen für Sozialhilfe-beziehende pro Kanton: [rebrand.ly/aemter](http://rebrand.ly/aemter) Eine gute Anleitung, wie Sie Ihren Antrag auf Sozialhilfe vorbereiten, finden Sie bei der Unabhängigen Fachstelle für Sozialhilfe-recht: [rebrand.ly/fachstelle](http://rebrand.ly/fachstelle)

nimmt die Sozialhilfe Kosten im Zusammenhang mit der Arbeit (zum Beispiel Kleidung, längerer Arbeitsweg, auswärtige Verpflegung), die Kosten für auswärtige Betreuung, wenn Eltern berufstätig sind, und notwendige Ausgaben wie etwa Zahnreparaturen.

**Ihr Anspruch:** Ihr Anspruch auf Sozialhilfe ergibt sich aus der Dif-

ferenz zwischen Ihrem individuell errechneten Minimalbedarf und Ihrem aktuellen Einkommen. Sind Sie erwerbstätig, wird nicht der volle Lohn angerechnet, sondern ein Freibetrag abgezogen. Bei Vollzeitstellung sind das je nach Kanton zwischen 400 und 600 Franken, bei Teilzeit entsprechend weniger.

## ENGMASCHIGE KONTROLLE

Der von rechten Medien regelmässig angeprangerte Missbrauch oder gar Betrug in der Sozialhilfe verfügen über etliche Instrumente, ihre Regeln durchzusetzen. Das beginnt schon beim Antrag, den Sie stellen: Ohne lückenlose Dokumentation Ihrer finanziellen Verhältnisse erhalten Sie kein Geld. Erzielen Sie mit Arbeit zwischendurch ein Einkommen, müssen Sie das melden. Und



**BEI EBBE IN DER KASSE:** Die Sozialhilfe springt ein, wenn das eigene Einkommen zum Leben nicht ausreicht. FOTO: GETTY

## SOZIALHILFE FÜR AUSLÄNDER UND AUSLÄNDERINNEN

### ZITTERPARTIE

Müssen Sie als Ausländerin oder Ausländer die Ausweisung befürchten, wenn Sie Sozialhilfe beziehen? Je nach Herkunft und Art Ihrer Aufenthaltsbewilligung ist das Risiko unterschiedlich hoch.

Mit einer Niederlassungsbewilligung sind Sie Schweizer Bürgern weitgehend gleichgestellt, allerdings kann Ihnen auch diese entzogen werden, wenn Sie dauerhaft und in erheblichem Masse Sozialhilfe beziehen.

Sind Sie als EU-/EFTA-Bürgerin oder -Bürger in der Schweiz und beanspruchen Sozialhilfe, kommt es auf die Dauer Ihrer Aufenthaltsbewilligung und Ihrer Anstellungszeit in der Schweiz an. Bei einer Fünfjahresbewilligung kann Ihr Aufenthaltsrecht nur dann frühzeitig erlöschen, wenn Ihre Anstellung weniger als zwölf Monate nach Beginn endet und Sie danach lange keine Stelle mehr finden. Bei einer Kurzaufenthaltsbewilligung hingegen erlischt das Aufenthaltsrecht bereits sechs Monate nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Bei Angehörigen eines Drittstaates gilt der Bezug von Sozialhilfe unabhängig von der Dauer und Höhe als Grund, das Aufenthaltsrecht zu widerrufen. Von einer Ausweisung bedroht sind in der Praxis

Menschen, die voraussichtlich lange von Sozialhilfe abhängig wären oder ihre Bedürftigkeit selbst verschuldet haben. Eine gesamt-schweizerische Statistik zur Ausweisung wegen Sozialhilfebezugs besteht nicht. Laut Auskunft kantonaler Migrationsämter erfolgen Entzüge der Aufenthaltsbewilligung einzig wegen des Bezugs von Sozialhilfe nur selten, meist seien in solchen Fällen zusätzliche Gründe (Straffälligkeit, Verweigerung von Integrationsmassnahmen) entscheidend. (jk)

wenn Sie über das normale Haushaltsbudget hinaus notwendige Ausgaben haben, die Sie nicht selbst stemmen können, müssen Sie deren Kostenübernahme jedesmal beantragen. Vor allem aber sind Sie verpflichtet, alles Ihnen Mögliche zur Behebung Ihrer Notlage zu

Entscheid nicht einverstanden, können Sie eine schriftliche Begründung mit Rechtsmittelbelehrung verlangen und den Entscheid auch anfechten.

## ZURÜCKZAHLEN?

Wer Sozialhilfe bezieht, möchte in der Regel davon wieder loskommen, um mit selbstverdientem Einkommen ein freies Leben ohne Rechenschaftspflichten führen zu können. Die Sozialkonferenz Skos empfiehlt zwar, auf Rückzahlungen aus neu erzieltm Einkommen ganz zu verzichten, aber nicht alle Kantone halten sich daran. Auch neues Vermögen, zum Beispiel durch eine Erbschaft oder einen Lottogewinn, können eine Rückforderung des Sozialamts zur Folge haben. Um herauszufinden, was in Ihrem Kanton gilt, konsultieren Sie das einschlägige Gesetz (siehe worktipp) oder erkundigen sich bei der Fachperson, die Sie beim Sozialamt betreut.

## Sie dürfen Ihre Akte einsehen und anfechten.

Insbesondere müssen Sie Arbeit suchen oder in einem Beschäftigungsprogramm mitarbeiten, wenn das Sozialamt dies anordnet.

Halten Sie sich nicht an die Weisungen, droht die Kürzung des Grundbedarfs, je nach Kanton um maximal 30 bis 40 Prozent. Lehnen Sie ein konkretes Jobangebot ab, kann die Hilfe sogar ganz gestrichen werden. Sie haben aber auch Rechte. Sie dürfen Ihre Akte einsehen. Und sind Sie mit einem

AHV und Pensionskasse bei der Scheidung: Wer bekommt wie viel?

# Wenn sich die Wege trennen, gilt der Grundsatz «Halbe-halbe»



**SCHEIDEN TUT WEH:** Den gemeinsamen Hausstand aufzulösen kann schmerzhaft sein. Gerechtes Teilen ist Pflicht – auch in der Vorsorge. FOTO: ISTOCK

Ist es erst einmal aus mit der Liebe, wird das liebe Geld umso wichtiger. Und damit auch die Frage: Was passiert jetzt mit unseren Vorsorgeguthaben? Das sind die Regeln.

MARTIN JAKOB

Durchschnittlich 15 Jahre haben Ehen in der Schweiz gedauert, die mit einer Scheidung enden. 15 Jahre lang haben sich Guthaben bei der AHV und in der Pensionskasse angesammelt. Vielleicht haben die Partner während der Ehe das klassische Rollenmodell gelebt: Sie war als Haushaltsvorstand und Betreuerin der Kinder zu Hause tätig, arbeitete nebenbei in einem kleinen Teilzeitpensum. Er wiederum war vollzeitig berufstätig. Auf dem AHV-Konto

der Frau sind immerhin Erziehungsgutschriften und ein paar Franken Beiträge aus dem Nebenjob verzeichnet, ihre zweite Säule aber hat keinen Rappen Zuwachs erhalten. Bei ihm hingegen sind dank gutem Lohn die AHV-Gutschriften zügig in Richtung maximale Rente gestiegen, und das BVG-Vorsorgeguthaben hat um eine sechsstellige Summe zugelegt. Seine finanziellen Aussichten aus Pensionalter sind rosiger, jene der Frau katastrophal. Und darum wird geteilt.

**DIE ERRUNGENSCHAFT.** Wir gehen vom Normalfall der ehelichen Errungenschaftsbeteiligung aus: Wenn Frau und Mann nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren, gilt alles, was dem einzelnen Partner vor

# Grundsatz «Halbe-halbe»

der Heirat gehört hat, auch künftig ihm allein. Alles dagegen, was beide während der Ehe an Einkommen erwirtschaften, gehört beiden gemeinsam. Und was von diesem Einkommen bei der Scheidung noch vorhanden ist, wird hälftig geteilt. Also das freie und in der dritten Säule (3a) gebundene Vermögen und Sachwerte wie Autos oder das gemeinsam erworbene Haus. Zu teilen sind aber auch die während der Ehe dauer entstandenen Vorsorgeguthaben. Die Fachwelt nennt das Splitting.

**DIE AHV-AUTOMATIK.** Die Ausgleichskasse zählt die Altersgutschriften beider Partner für die Jahre zusammen, in denen sie im Ehestand lebten – jedoch ohne das Jahr der Eheschlies-

sung und ohne das Jahr der Scheidung. Diese Summe wird nun den AHV-Konti der beiden Ehegatten je hälftig gutgeschrieben. Die AHV nimmt das Splitting spätestens bei Erstanmeldung zur Rente von einem der beiden Partner automatisch vor. Jedoch ist es sehr zu empfehlen, die Scheidung sofort anzumelden. So wissen beide Partner, wie ihr neuer Kontostand bei der AHV aussieht.

**BVG FLEXIBLER.** Das Teilungsverfahren in der zweiten Säule folgt ähnlichen Regeln. Bei beiden Partnern wird geprüft: Welche Regel zulassen oder auch selber bestimmen – etwa der Frau eine höhere Summe zuzurechnen, wenn sie weiterhin Betreuungsaufgaben wahrzunehmen hat.

obige Fall als Beispiel: Das Austrittsguthaben des Mannes wuchs in den 15 Jahren Ehe um 150 000 Franken, jenes der Frau um null Franken. Die Pensionskasse des Mannes muss deshalb 75 000 Franken auf ein Frei-

## Das Splitting gleicht die Vorsorge der beiden Partner aus.

zügigkeitskonto der Frau überweisen. Oder an ihre Pensionskasse, wenn sie mittlerweile wieder berufstätig ist. Das Gericht kann Abweichungen von dieser Regel zulassen oder auch selber bestimmen – etwa der Frau eine höhere Summe zuzurechnen, wenn sie weiterhin Betreuungsaufgaben wahrzunehmen hat.

## BEI TRENNUNG

### RISIKO KONKUBINAT

Die eingetragene Partnerschaft ist der Ehe gleichgestellt – das gilt bei gerichtlicher Auflösung der Partnerschaft auch für die Aufteilung der Vorsorge. Wer dagegen im Konkubinats die Haushaltsführung und Kinderbetreuung übernimmt, hat bei einer Trennung kein gesichertes Recht auf Vorsorgesplitting. Deshalb unbedingt – am besten mit Hilfe eines Anwalts – gemeinsam verbindliche Ausgleichsmassnahmen vereinbaren!

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**DAS IST NICHT LUSTIG:** Kinder schauen sich ihre Lieblingsfilme gerne immer wieder an. Sind diese aber am TV aufgenommen, ist je nach Anbieter schon nach kurzer Frist Schluss. FOTO: ISTOCK

# Stossend: TV-Aufnahmen werden einfach gelöscht

Aufgepasst, wenn Sie ein Fernsehabo mit TV-Box haben: Manche Telekomfirmen löschen aufgenommene Sendungen nach wenigen Monaten.

UPC löscht zum Beispiel bereits nach zwei Monaten. Bei Teleboy, Green, iWay und Solnet können Sie eine aufgezeichnete Sendung 12 Monate lang anschauen, bevor sie gelöscht wird. Bei Quickline und GGA Maur sind es 18 Monate.

## UPC löscht Ihre Aufnahmen bereits nach zwei Monaten.

Sunrise löscht die Aufnahmen nach drei bis sechs Monaten. Ausser, Sie haben das Abo «TV neo». Dann wird nichts gelöscht.

Kundenfreundlicher sind Swisscom, Salt, M-Budget und Leucom: Sie gewähren zeitlich unbeschränkt Zugriff auf die Aufnahmen.

Ärgerlich: Die Anbieter warnen nicht, bevor sie etwas löschen. Und: Bei keiner Telekomfirma können Sie die Aufnahmen auf den eigenen Computer herunterladen. Das wäre die sicherste Methode, Sendungen so lang wie gewünscht aufzubewahren.

Besser: Dass es auch anders geht, zeigen TV-Plattformen im Internet. Dort können Sie die Sendungen auf Handy, Computer oder am TV ansehen. Bei den kostenpflichtigen Diensten von Zattoo und Wilmaa werden Aufnahmen nie gelöscht. Teleboy löscht nach einem Jahr, ausser beim teuersten Abo. Sie können die Sendungen aber auf den Computer herunterladen. Auch bei Wilmaa ist das möglich. CHRISTIAN BIRMELE

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Sexuell belästigt: Was tun?

Ich bin Lernende im Detailhandel. Ein Arbeitskollege hat mir gegenüber schon mehrfach anzügliche Bemerkungen gemacht. Dieses Verhalten stört mich, ich habe aber Angst, etwas zu sagen. Was kann ich tun?

« Sexuelle Belästigung zieht rechtliche Konsequenzen nach sich. Jede dritte sexuelle Belästigung findet am Arbeitsplatz statt. Insbesondere Lernende, die häufig noch minderjährig sind, sind vor Sexismus und sexueller Belästigung zu schützen. Auch wenn es dir schwerfällt, empfehlen wir dir, dich jemandem anzuvertrauen. Für Unterstützung kannst du dich an deine Unia-Sektion, deine Betreuungsperson im Lehrbetrieb, eine Beratungsstelle oder an eine Fachstelle wenden, zum

Beispiel an das Info- und Beraternportal [belastigt.ch](http://belastigt.ch). Falls du dich gegen Belästigung am Arbeitsplatz einsetzen möchtest, kannst du mit der Unia-Jugend gemeinsam kämpfen. Ein erster Schritt ist ein Reglement in den Betrieben, das regelt, dass Belästigung nicht toleriert wird, eine Anlaufstelle für Betroffene schafft und Sanktionen vorsieht. Auf [belaestigung-in-der-lehre.ch](http://belaestigung-in-der-lehre.ch) findest du Leitsätze sowie ein Musterreglement.»



**Aude Spang, Jugendssekretärin.**

**Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendssekretärin?** Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)

# workrätsel

## Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden. Das historische Haus liegt mitten in der lebendigen

City, nur fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge, das Berner Münster oder das Bundeshaus sind zu Fuss erreichbar. Der ideale Ausgangspunkt für Shopping und Sightseeing in der bezaubernden Zähringerstadt.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 13  
Das Lösungswort lautete: **ARBEITSGESETZ**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Karin Ischi, Meyriez FR. Herzlichen Glückwunsch!

unge- trübt, durch- sichtig			Hinter- lassen- schaft	Rechnun- gen mit QR-... bezahlen	jmd., der anderen nach- stellt			alle ohne Aus- nahme (weibl.)	sanfte Wellen	Abk.: Wieder- holungs- kurs	kleine Runzel	Skat- begriff			baumge- säumte Strasse	ein Schiff stürmen	Segel- kom- mando: Wendet!	Augen- blick, im ...
künstl. Licht- quelle								Umwelt- schutz- organi- sation				Corona- ...-urlaub bean- tragen						
Autokz. Kanton Aargau													ge- schnitt- tenes Holz		noch nicht benutzt	<b>10</b>		
Somer- schuh										Haupt- stadt v. Vietnam		Schot- tenröcke	Siegerin					Mün- dungs- gebiet e. Flusses
						wichtiger denn je; Team- ...			Flächen- mass						frucht- bare Wüsten- stellen		amerik. Whiskey	
Wert- papier		Nage- tier		Balkon- pflanze								<b>8</b>	Kriech- tier		Fluss im Kt. VD			
edle Pferde- rasse								Firmen- leiter Mz.		das Ge- ruchsor- gan be- treffend		Ethyl- alkohol						<b>7</b>
				Über- gangs- lösung		...	Tracing								ind. Fla- den aus Linsen- mehl		Abk.: un- tauglich	
weibl. Mensch	Kamera- ständer		Hüft- nerv										Zier- strauch		Ruinen- stätte in Jor- danien			
gedou- belte Film- szene								Pracht- entfal- tung		Lieb- haber (engl.)		asiat. Staaten- verbund					Jünger Jesu	hoch- hinaus; der Ge- rüst...
				Sprech- pausen- überbrü- ckung		Ge- wächs								Abk.: Telefon		Abk.: Südost- bahn		<b>2</b>
Figur d. Nibel- lungen- liedes				Schwe- beteil- chen im Gas							Raum d. Woh- nung			Fluss durch Bad Ragaz				<b>3</b>
Kohle- produkt								Abk.: In- for- ma- tions- tech- nik		dumm							an diesem Ort, dort	senegal. Musiker (Ismael)
Anti- Ferien- Partei		Blumen- kind								Abk.: As- tronom. Einheit			Berg im Kanton Waadt (2 W.)					
				Autokz. Mauri- tius			an der Börse handeln								Kündi- gungs- welle bei der ... AG			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work,  
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per  
E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 11. September 2020

INSERAT

# Solidarisch aus der Krise!

## Aktionstag essentielle Branchen, 31. Oktober 2020

**Sicherheit**

Verkäufer/innen, Pflegende und Mitarbeitende in Logistik/Transport stellen unsere Grundversorgung sicher. Ihre Arbeit muss aufgewertet werden.

**Respekt**

**Wir fordern:**

**Solidarität**

- Endlich eine Lohnerhöhung – keine Löhne unter 4000 Franken
- Stopp Deregulierungen und Prekäre Arbeitsverhältnisse
- Allgemeinverbindliche und flächendeckende GAV für Pflege, Verkauf (Food-Bereich, inkl. Onlinehandel), Logistik/Transport

«Action!» Applaus ist gut, Handeln ist besser.

Am 31. Oktober finden in der ganzen Schweiz dezentrale Aktionen statt, um diesen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Willst du mehr wissen?

[solidarität.unia.ch](http://solidarität.unia.ch)

**UNIA**

**WORKLESERFOTO**



**Fast wie ein Kolibri**

**WANN** 26. Juni 2020  
**WO** Winterthur  
**WAS** Ein Taubenschwänzchen saugt Nektar  
**Eingesandt von** Alessio Bortolin, Winterthur

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 21. 8. 2020**

**Ist sexuelle Belästigung in Ihrem Betrieb ein Thema?**

**SENSIBILISIERUNG**  
 In unserem Betrieb ist seit etwa drei Jahren ein Konzept gegen sexuelle Belästigung in Kraft. Dieses wurde von einer externen Firma erstellt. Und dann in Arbeitsgruppen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfeinert. Schliesslich gab es dann auch noch Informationsveranstaltungen. Ich glaube, das hat einigen Mitarbeitern die Augen geöffnet, dass eben «nur lustig gemeint» sehr verletzend und belästigend sein kann. Seither ist das praktisch verschwunden. Also fertig mit «war ja nicht so gemeint».

MARISA BERGER, PER MAIL

**WEHREN HILFT, BRAUCHT ABER MUT**

Bei meinem früheren Arbeitgeber gab es zwei Vorgesetzte, die sehr belästigend unterwegs waren. Immerhin «nur» mit Worten und nicht auch noch handgreiflich. Zusammen mit einer Handvoll Kolleginnen haben wir schliesslich von der Geschäftsleitung eine Aussprache verlangt. Die Kritisierten wurde dabei sehr laut und wollten das Problem nicht sehen. Dank einer ausserstehenden Mediatorin gelang es dann aber doch, ihr Verhalten zu ändern. Doch das Ansprechen und Sichwehren brauchte Mut. Ich glaube, viele Belästigte fürchten sich davor, den Job zu verlieren, wenn sie sich wehren.

ANGELIKA STRACHE, PER MAIL

**WORKPOST**



**WORK 13 / 21. 8. 2020: MÄRCHENSTUNDE MIT MARTULLO & CO.**

**Will Schweiz köpfen**

Für mich ist es eine Kopf-ab-Initiative. Sie will die Schweiz köpfen.  
 HUGO LEHMANN, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 12 / 26. 6. 2020: KONZERNE NÜTZEN CORONA-KRISE SCHAMLOS AUS**

**Hauptgrund für Probleme**

Dieser Lohnunterschied ist nicht zu begründen und ein Hauptgrund für soziale Unruhen und andere Probleme in unserer Gesellschaft!  
 BERNHARD NYFFENEGGER, PER MAIL

**WORK 13 / 21. 8. 2020: JETZT KOMMT ER IM SARG NACH HAUSE**

**Das ist Zynismus pur**

Ihr Bericht über Eleazar Blandón, den Erntehelfer aus Nicaragua, der in den Plantagen der Melonenanbauer in Murcia den Hitzetod gefunden hat, hat mich tief getroffen. Einerseits, weil ich seit vielen Jahren mit Nicaragua und seiner

Bevölkerung sehr verbunden bin; andererseits, weil ich es Wahnsinn finde, dass in einem EU-Land solche Arbeitsbedingungen möglich sind! In Nicaragua sind seit dem Streik gegen Daniel Ortega (Führer der Opposition gegen den Diktator Somoza, der nun selber zum Diktator geworden ist) die Lebensbedingungen sehr gefährlich geworden, und die Armut ist ins Unermessliche gestiegen. Und jetzt mit Corona regieren nur noch die Waffen: Armee, Polizei und Paramilitär. Die reichen Politiker haben sich in ihre Villen verschanzet oder sind selber an Corona gestorben. Und die Spitäler haben null Chance gegen Corona, weil die Regierenden komplette Ignoranten waren. Da ist Auswandern oft die einzige Option. Aber dann in der EU so ausgebeutet zu werden und zu sterben ohne jede Hilfe, das ist Zynismus pur. Ich persönlich werde Migros und Coop einen Brief schreiben, dass ich erst wieder Melonen usw. aus Südspeanien kaufe, wenn sie ein Fair-Trade-Label haben. Vielleicht mögen auch andere Leserinnen und Leser darauf reagieren.  
 IRENE LEHMANN, DORNACH SO

eine Million Menschen, die an der Armutsgrenze leben! Eine deregulierte Wirtschaft und ein bedenklicher Abbau beim Service public. Dagegen lohnt es sich zu kämpfen!  
 THOMAS SCHIEWECK, VIA FACEBOOK

**WORK 13 / 21. 8. 2020: SIEHT DIE «ROSA ZUKUNFT» ZU ROSA?**

**Ich fahre einen Tesla!**

Als langjähriges Gewerkschaftsmitglied und begeisterter Leser der workzeitung hat mich die Antwort in der Rubrik «Rosa Zukunft» auf die Argumente und Einwände von Paul Dorn sehr gefreut. Weil ich das Glück und das Privileg habe, in einer Firma zu arbeiten, in der die Geschäftsleitung den Arbeitnehmenden die Möglichkeit bietet, ein Elektroauto zu fahren, gehöre ich auch zu denjenigen, die gemäss Paul Dorn einen dieser «fetten Tesla-Karren» fahren darf. Von den 18 Mitarbeitenden (davon ein Lehrling) fahren bereits 11 Arbeitskolleginnen- und -kollegen einen Tesla. Von der Teilzeit-Lagermitarbeiterin zur Sekretärin über den rollstuhlfahrenden Sachbearbeiter bis hin zum Geschäftsführer, alle geniessen die Vorzüge des emissionslosen Autofahrens und leisten dadurch täglich einen kleinen Beitrag zur Verbesserung unseres Klimas. Zum Schluss ist es mir wichtig, an dieser Stelle zu erwähnen, dass in den Batterien von Tesla keine seltenen Erden verwendet werden. Das seltenste Element der seltenen Erden kommt auf unserem Planeten häufiger vor als Gold oder Platin!  
 ARMIN ZEDER, TESLA OWNER CLUB HELVETIA

**Es lohnt sich zu kämpfen**

Die Unia setzt sich für die Arbeiter ein. Profiteure sind Politikerinnen und Politiker, die die Interessen der Wirtschaft vertreten. Lobbyismus kostet sehr viel Geld, während Löhne und Zulagen nicht mit den hohen Preisen mitkommen! Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament hat viel geschafft, schlechtere Renten, viel mehr Ausgesteuerte, mehr Arme und fast

**workquiz**

**Wie gut sind Sie?**



**1. Hubacher I: Wer machte aus dem einstigen AKW-Befürworter Helmut Hubacher quasi über Nacht einen AKW-Gegner?**

- a) Tschernobyl?
- b) Atompapst Michael Kohn?
- c) seine Frau Gret Hubacher?
- d) Greta Thunberg?

**2. Hubacher II: Wie hiess der Nachfolger von Helmut Hubacher als SP-Parteipräsident?**

- a) Hans-Peter Tschudi?
- b) Ursula Koch?
- c) Otto Stich?
- d) Peter Bodenmann?

**3. Hubacher III: Was witzelte Hubacher über Moritz Leuenberger?**

- a) dass er Politik-Nachhilfestunden brauchte?
- b) dass er ein Aufputzmittel brauchte?
- c) dass er eine Gute-Laune-Pille brauchte?
- d) dass er eine neue Frisur brauchte?

**4. Hubacher IV: Wie verstand Hubacher Sozialdemokratie?**

- a) als Sozialismus?
- b) als eine Form von Sozialismus?
- c) als eine abgeschwächte Form von Sozialismus?
- d) als stark abgeschwächte Form von Sozialismus?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösung: 1c; 2d; 3b; 4d

FOTO: PETER MOSMANN

**Arif Keranovic (50) setzt Busse unter Strom**

# «Ich montiere das Bus-Herzstück»

**Elektriker Arif Keranovic macht aus Kabelsalat Haute Cuisine. Und bringt damit Elektrobusse in Fahrt.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

«Wir hatten Glück», sagt Arif Keranovic (50). Die coronabedingte Kurzarbeit habe bei ihnen in der Carrosserie Hess AG in Bellach SO nur einen Monat gedauert. «Ab dem 1. Juni lief der Betrieb wieder normal. Das heisst, etwas chaotisch war es schon noch.» Denn Lieferungen seien verspätet angekommen, und sie hätten sich zuerst an die neuen Schutzmassnahmen gewöhnen müssen. Mittlerweile wird in den Montagehallen wieder auf Hochtouren an den Elektrobussen geschraubt, geklebt und montiert. Keranovic: «Wir sind gottgefroh, dass wir keine Coronafälle haben.» Und das soll auch so bleiben. In der Montagehalle arbeiten 60 Mitarbeitende. Nicht auszudenken, wenn das ganze Team für 14 Tage in Quarantäne müsste. «Das wäre ein Desaster!» sagt Keranovic.

Denn trotz Corona ist die Auftragslage für die Carrosserie Hess AG sehr gut, die Auftragsbücher sind bis 2023 voll. Statt Stellen abzubauen, hat Hess in den letzten Monaten sogar Jobs geschaffen. Heute beschäftigt das Familienunternehmen am Hauptsitz in Bellach 330 Mitarbeitende.

Hess setzt auf Strom – und dies seit 80 Jahren. Als eine der weltweit ersten Herstellerinnen kam sie weg vom Hybridmotor und ersetzte den Verbrennungsmotor mit einer Batterie. Und hat damit den Nerv der Zeit getroffen: Denn Elektrobusse sind nicht nur leiser als Benziner, sie stossen auch kein klimaschädliches CO<sub>2</sub> aus und verbrauchen weniger Energie als Verbrennungsmotoren.

**WELTWÄRTS.** In der Montagehalle in Bellach stehen Bus-Rohbauten aus dem Hess-Werk in Minsk, Weissrussland. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Bellach machen den Innenausbau. Keranovic montiert das Herzstück der Elektronik, das Elektrotabelleau. Dort laufen sämtliche Elektrokabel eines Busses zusammen. Keranovic erklärt: «Die neuesten Busse können bis zu 25 Kilometer fahren. An den Haltestellen befinden sich Ladestationen, welche die Batterien laden, während die Fahrgäste ein- und aussteigen.» Pro Jahr verkauft Hess weltweit etwa 2500 Busse. In fast allen grösseren Schweizer Städten fahren Trolleybusse von Hess. Die Firma liefert auch nach Österreich und Italien, Frankreich und Deutschland, neustens nach Indien und vielleicht bald nach Australien.

Arif Keranovic kam 1970 in Bosnien zur Welt, das damals noch Jugoslawien hiess. Der Vater war Saisonnier bei Bosch in Zuchwil SO. 1981 konnte Arif dank dem Familiennachzug in die Schweiz kommen. «Der Anfang war schwierig, weil ich kein Deutsch konnte», sagt Keranovic heute im fast akzentfreien Solothurner Dialekt. Doch dann habe er gesagt: «Papi, ich möchte Deutsch lernen!» Und so sei er zwei bis drei Mal wöchentlich in den Privatunterricht ge-

gangen. Später fand er eine Lehrstelle als Automonteur in der Opel-Garage in Bellach, wo er bis 2006 arbeitete. In dieser Zeit bildete er sich zum Autoelektriker weiter, beaufsichtigte die Lernenden: Das Know-how und die Verantwortung nahmen also zu, nicht aber der Lohn. Deshalb beschloss er, sich einen anderen Job zu suchen. Fündig wurde er bei der Carrosserie Hess. Und hat in all den Jahren den Wechsel nie bereut. Keranovic: «In den letzten 14 Jahren hat sich natürlich einiges verändert.» Als er 2006 bei Hess begann, waren sie gerade mal 10 Elektriker, heute sind es 25. Auch die Elektronik habe sich extrem weiterentwickelt. Es brauche immer häufiger Schulungen, da die Technologie sich jährlich ändere.

**VORWÄRTS.** Hunderte schwarze Kabel montiert Keranovic genau nach Plan. Fügt er die falschen Enden zusammen, könnte es zu einem Kurzschluss kommen – das ist gefährlich und teuer. Deshalb arbeitet er alleine in einem Raum und schätzt die Ruhe, um sich konzentrieren zu können. Doch die Kolleginnen und Kollegen sind ihm wichtig, auch weil sie trotz der räumlichen Distanz sehr eng zusammenarbeiten müssen. Und er engagiert sich für sie – für ein gutes Betriebsklima, für ihre Rechte. Als Präsident der Betriebskommission vertritt er die gesamte Belegschaft vor dem Chef. Keranovic sagt: «Am Anfang war es nicht so einfach, mit dem Chef zu verhandeln. Aber jetzt weiss ich, wir sind auf Augenhöhe.» Da habe ihm auch die Unia geholfen. Seit vier Jahren ist Keranovic Mitglied. «Ich dachte, die Gewerkschaften hätten sowieso keine Chance gegen die grossen Firmen. Deshalb wollte ich wissen, was eine Gewerkschaft in der Schweiz erreichen kann.» Und dann habe er

bemerkt, dass er bei der Unia viele praktische Infos bekomme. «Wir Arbeiter haben viel mehr Rechte, als ich damals dachte!» Und mit der Gewerkschaft im Rücken wurde auch sein Auftreten am Verhandlungstisch bestimmter. «Mit den letzten GAV-Verhandlungen bin ich zufrieden. Natürlich hätte ich mir beim Lohn mehr gewünscht, aber wir haben dafür in anderen Bereichen viel rausgeholt.» Ganz besonders freut ihn, dass die Betriebskommission letztes Jahr eine individuelle Lohnerhöhung von 0,5 Prozent erreicht hat, plus eine Bonuszahlung – an alle Mitarbeitenden.

Keranovic sagt, er habe Höhen und Tiefen erlebt, aber jetzt sei er zufrieden mit seiner Position. «Schön ist's, wenn der Materialfluss läuft. Wenn wir reibungslos schaffen können und wir wissen, dass wir termingerecht liefern werden.»

Wenn der Bus nach ungefähr einem Monat fixfertig aus der Halle fahre, sei das schon ein gutes Gefühl: «Jawohl, wir haben es geschafft! Der Kunde ist zufrieden, der Chef ist zufrieden. Was will man mehr?» Wenn es so bleibe wie jetzt, würde er gerne bis zur Pensionierung weitermachen.

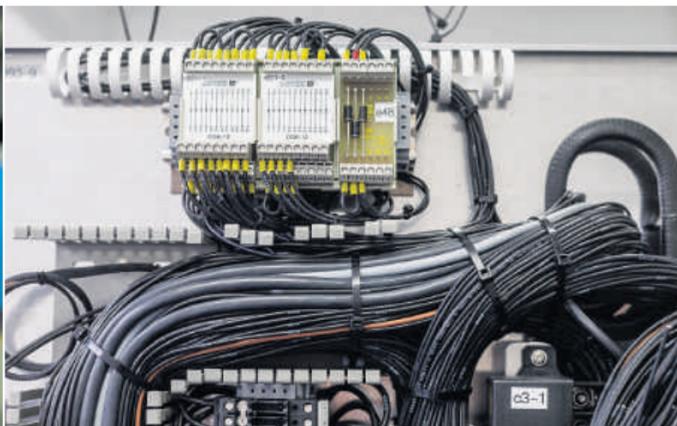
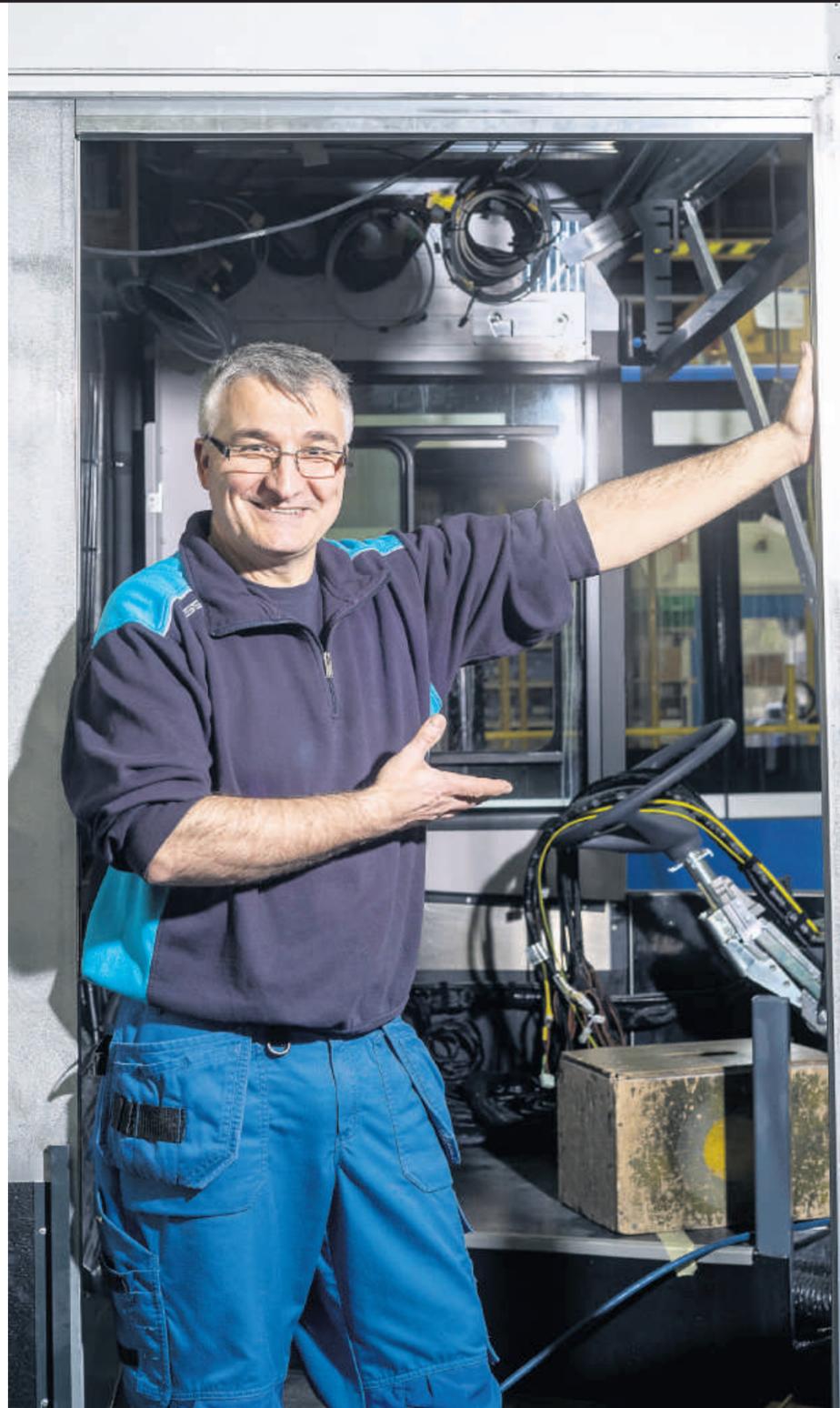
**ARIF KERANOVIC GÄRTNER**

Arif Keranovic lebt mit seiner Frau und den zwei Söhnen (17 und 15 Jahre) in Zuchwil SO, 1000 Meter von seiner Wohnung entfernt befindet sich sein zweites Wohnzimmer: der Schrebergarten. Keranovic: «Ich habe stets einen Ausgleich gesucht, da ich beim Schaffen immer in einem geschlossenen Raum bin. Mein Sternzeichen ist Fisch, vielleicht will ich deshalb nicht eingeschlossen sein.» Im Garten zieht er in den Hochbeeten Gemüse, pflegt die Fruchtbäume, schneidet Reben und verbringt die Abende mit der Familie beim Grillieren. «Das konnten wir sogar im Lockdown tun! Wir waren schweizweit einer der wenigen Vereine, die weiterhin funktionierten.» Denn im Schrebergarten konnten die Schutzmassnahmen gut eingehalten werden. Nur Besucher durften sie keine empfangen. Seit gut drei Jahren ist Keranovic Präsident des Familiengartenvereins. Und zufrieden mit «seinem» Reich: «Der Garten hat auf 103 Parzellen 16 Nationen, man muss mit allen Pächtern zschlag cho.»

**HEIMWÄRTS.** Die Ferien verbringt Keranovic in normalen Zeiten bei seinen Verwandten in Bosnien. Geplant waren im Herbst ein paar Tage am Meer. «Doch daraus wird wohl nichts!» Jetzt müsse er sich halt mit Skype & Co. begnügen. Im Frühling war Keranovic das letzte Mal in seiner alten Heimat. Und hat es ganz knapp vor dem Lockdown zurückgeschafft. Keranovic erklärt: «Zum Glück sind wir frühmorgens los. Denn kaum waren wir über die Grenze, wurde diese auch schon geschlossen.»

Keranovic ist Präsident der Personalkommission, Unia-Mitglied und im Vorstand der Sektion Biel-Solothurn. Er verdient bei einem 100-Prozent-Pensum 6000 Franken brutto.

**ELEKTROBUS:** Arif Keranovic bringt den Strom in geordnete Bahnen.



**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejosekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejosekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiebinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiebinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincau@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektur** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch) **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.